

**KoFwa 110**

**Zeitschrift für  
Feminismus  
und Arbeit  
Aug/Sept 2004  
22 Jg.  
ISSN 0949-0000**

# **Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde**

- **Türkei: Gewalt gegen Frauen ist grausamer Alltag**
- **amnesty international: HINSEHEN & HANDELN:  
Gewalt gegen Frauen verhindern**
- **Feministische Widerstandstage in Berlin**
- **Claudia v. Werlhof: Rede für  
die Demo des 2. Österreichischen Sozialforums**
- **1,6 Millionen Frauen dürfen Wal-Mart verklagen**
- **Karrieresprung. Frauen gründen anders**

**Inhalt:**

**Schwerpunkt: Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde** **3**

Türkei: Gewalt gegen Frauen ist grausamer Alltag (amnesty international)

HINSEHEN & HANDELN: Gewalt gegen Frauen verhindern

(amnesty international)

Feministische Widerstandstage in Berlin

**Themen** **11**

1,6 Millionen Frauen dürfen Wal-Mart verklagen,

Claudia v. Werlhof: Rede für die Demo des 2. Österreichischen Sozialforums

Frauenpolitikerinnen werden es schwerer haben, Erste Einschätzung der Europaabgeordneten,

Vorurteil kostenintensive Frau

Karrieresprung. Frauen gründen anders.

Frauen gründen vielfältiger

**Netzwerke/Resolutionen** **20**

Wolfsmutter.com vorort - die Erste

AURAT- pakistanische Frauenstiftung

**Kampagnen & Aktionen** **21**

Hinsehen und handeln: Gewalt gegen Frauen verhindern

**Nachrichten** **22**

Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung als Flüchtlinge anerkannt, Situation der Opfer

sexualisierter Gewalt verbessert - Schamgefühl der Frauen bleibt., Nur fünf Prozent der Väter

nehmen Elternzeit, Frauenmagazine: Frida oder Gabriele?, Impulse aus OECD-Studie zu

Kinderbetreuung in Deutschland willkommen, Papst verteufelt Feminismus, 2. Etappe der

BVG-Revision: Verordnungsänderungen und Vereinheitlichung des Frauenrentenalters,

**Literatur** **25**

Young and ... rainbow woman

Vernetzte Frauen. Netzwerke als Beitrag zur beruflichen Förderung von Frauen "Häusliche

Gewalt erkennen und reagieren!". Praxishandbuch für den Gesundheitsbereich

**Termine** **27**

Filmpremiere am 04. September 2004 „Gesellschaft in Balance“

Feministische Widerstandstage für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben vom

09.-12.09.2004 in Berlin/Interkulturelle Kompetenz in der Arbeit mit lesbischen und

bisexuellen Mädchen und jg. Frauen 12.-14.09.2004

Gewalt im Leben von Frauen und Männern Europäischer Kongress am 23. September in

Osnabrück

Fachtagung (Über)Leben. 01. Oktober 2004 in Erlangen

Die 12. FEMINALE - feiert 20 jähriges Bestehen! 6.-10.10.2004

Internationale Konferenz Schöner wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten!

29.-30.10.2004 in München

**Impressum:**

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.

Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto.

Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

# Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde

## **Türkei: Gewalt gegen Frauen ist grausamer Alltag**

*Ein Bericht von amnesty international*

Jeden Tag werden in der Türkei – wie in vielen Ländern der Welt – die Menschenrechte von Tausenden von Frauen durch familiäre Gewalt verletzt. Nach Schätzungen erleiden ein Drittel bis die Hälfte aller Frauen in der Türkei körperliche Gewalt in ihren Familien.

Sie werden geschlagen, vergewaltigt, getötet oder zum Selbstmord gezwungen. Sie werden sehr früh verheiratet oder bereits als Kleinkinder anderen Familien versprochen. Gewalt gegen ein weibliches Familienmitglied, das gegen die strengen Regeln des „Anstands“ verstoßen hat, gilt vielerorts noch immer als Ehrensache und wird gesellschaftlich toleriert. Wird eine Frau akut bedroht, kann sie in den seltensten Fällen mit polizeilichem Schutz rechnen. Zeigen Frauen Gewalttaten an, wird diesen nur ungenügend nachgegangen.

In den Gerichten werden noch immer niedrige oder gar keine Strafen für Vergewaltiger verhängt, wenn sich die Männer bereit erklären, ihre Opfer zu heiraten. Die betroffenen Frauen werden dagegen doppelt bestraft und sind ihrem Peiniger im schlimmsten Fall lebenslang ausgeliefert.

Gegenwärtig ist nur durch die Arbeit von Frauenorganisationen sichergestellt, dass zumindest ein kleiner Teil der Frauen Schutz erhält. Zu diesen Organisationen gehören das „Zentrum für Frauenunterstützung und Frauensolidarität“ in Antalya, die Stiftung „Lila Dach“ in Istanbul, die Stiftungen „Frauensolidarität“ (KA-DAV) in Istanbul und Izmit und das Frauenzentrum KA-MER.

**Das Frauenzentrum KA-MER** „*Wir leben immer in Angst. Angst vor unseren Vätern, Brüdern und vor unseren Ehemännern. Wir fürchten uns, weil sie uns gegenüber gewalttätig wurden... Von nun an wollen wir nicht mehr, dass mit uns Tauschhandel betrieben wird. Wir wollen niemanden heiraten, dessen Gesicht wir niemals gesehen haben. Wir möchten nicht zum Geschenk gemacht werden. Wir wollen nicht ohne Schulbildung bleiben. Wir wollen nicht als Kinder verheiratet werden. Wir wollen nicht in ständiger Angst leben, ohne jeden Grund bestraft zu werden.*“ (Nebahat Akkoc, Gründerin von KA-MER)

KA-MER ist eine Frauenorganisation mit Sitz in Diyarbakir. Seit 1997 unterstützt sie Frauen, um sie individuell, sozial, politisch, kulturell, rechtlich und wirtschaftlich zu stärken. Die Organisation ist aktiv gegen so genannte „Ehrenmorde“ und leistet präventive Arbeit im Vorschulbereich gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Wie erfolgreich die Arbeit von KA-MER ist, zeigt sich an der hohen Zahl der Menschen, die bei ihnen Rat suchen. Auch Männer möchten oft vom unbarmherzigen Druck ihrer Familien befreit werden. Beispielweise suchten zwei Männer, die eine junge Verwandte töten sollten, Hilfe bei KA-MER, weil sie das Mädchen nicht umbringen wollten.

**Frauenhäuser** „*Alle schicken Frauen zu uns, die Gewalt erlebt haben. Alle. Die Regierung, die Polizei, alle. Wir schaffen es nicht, der großen Nachfrage gerecht zu werden.*“

(Mitarbeiterin einer türkischen Nichtregierungsorganisation) Die Unterbringung in einem Frauenhaus oft die einzige Möglichkeit, um Betroffene aus einer Gewalt-situation herauszuholen und ihnen Zeit

zum Nachdenken zu geben. Frauenhäuser sind nur ein Teil der Lösung, aber solche Zufluchtsorte sind ganz entscheidend, wenn das Leben einer Frau unmittelbar gefährdet ist oder wenn eine Frau vor Angst so gelähmt ist, dass sie nicht mehr weiß, was sie tun soll. Von staatlicher Seite gibt es jedoch so gut wie keine finanzielle Unterstützung für Frauenhäuser oder Beratungsstellen. Nach einer Empfehlung der Europäischen Union sollte es in jedem Land ein Frauenhaus je zehntausend Einwohner/-innen geben. Bei einer Bevölkerung von 70 Millionen Menschen gibt es in der Türkei jedoch nur 14 „Gästehäuser“ und 19 kommunale Anlaufstationen zur Unterstützung von Frauen, die familiäre Gewalt erlebt haben. Zwei unabhängige Frauenhäuser, die unschätzbare Dienste für Frauen leisteten, mussten Ende der 1990er Jahre schließen, weil sie sich nicht mehr finanzieren konnten.

### **Gewaltopfer und ihre Schicksale**

**„Reyhan“** In ihrer dreizehnjährigen Ehe wurde „Reyhan“ von ihrem Ehemann geschlagen und zum Sex gezwungen. Dies ist ihre Geschichte, die sie amnesty international in ihrem Haus in der Türkei am 03. Juni 2003 erzählte: *„Ich arbeitete bereits seit einiger Zeit, weil mein Ehemann arbeitslos war. Eines Tages kam ich früher nach Hause und sah, wie er meine neunjährige Tochter sexuell belästigte. Ich hatte solche Angst, dass ich nicht sprechen konnte. Drei Tage später nahm ich meine Tochter und verließ das Haus. Die Jungs musste ich zurücklassen, weil ich wusste, dass die Familie meines Mannes nach ihnen suchen würde. Wir sind bei meinem Vater untergekommen, aber ich weiß nicht, was ich machen soll. Er ist sehr krank und kann nicht auf meine Tochter aufpassen, so dass ich nicht arbeiten kann. Am Tag der ersten Anhörung vor Gericht hatte ich solche Angst, dass meine Beine zitterten. Warum ich meine Geschichte trotzdem öffentlich gemacht habe? Ich dachte, jemand der das tun kann (ein Kind missbrauchen), ist*

*zu allem fähig, und das gab mir die Kraft, meinen Mann anzuzeigen.“*

**Güldünya Tören** Ihr neugeborenes Baby nannte Güldünya Tören „Hoffnung“. Sie ahnte vielleicht, dass sie beide kein langes Leben haben würden. Nachdem sie schwanger wurde, lehnte sie ab, ihren Cousin zu heiraten und wurde in das Haus ihres Onkels nach Istanbul geschickt. Dort gab ihr einer ihrer Brüder ein Seil und sagte ihr, dass sie sich erhängen solle. Sie entkam und bat die Polizei um Schutz. Diese versicherte ihr jedoch, dass ihr Bruder und ihr Onkel versprochen hätten, sie nicht zu töten. Im Februar 2004, einige Wochen nach der Geburt, schossen ihre Brüder auf der Straße mehrere Male auf Güldünya. Vom Krankenbett aus flehte sie die Polizei an, ihr zu helfen. Aber man ließ die Frau im Stich. Spät in der Nacht drangen ihre Mörder in das unbewachte Krankenhaus ein und schossen ihr in den Kopf.

**Die Ehefrau eines Sicherheitsbeamten:** *„Die Schläge begannen nach der Hochzeit. Das Gerichtsmedizinische Institut stellte drei Atteste aus, die belegten, dass ich zwischen fünf und sieben Tagen nicht arbeitsfähig war. Das Gericht ordnete an, dass mein Mann sich zwei Monate nicht dem Haus nähern durfte. Es ordnete außerdem an, dass seine Waffen beschlagnahmt werden sollten. Doch seine Kollegen nahmen ihm seine Dienstwaffe nicht ab. Ich wurde weiterhin von ihm geschlagen... Er schlug mich mit einem Schlagstock... Einmal ging ich zur Polizeiwache... Sie sagten, sie könnten mir nicht helfen - ‘Schwester, dein Mann ist Inspektor, was können wir tun?’ - und schickten mich nach Hause... Er hielt mir ein Gewehr an den Kopf und sagte, er würde mich töten.“*

Weitere Informationen zur Zunahme der Ehrenmorde im Südosten der Türkei: ai-JOURNAL 06/2004, ai-Bericht: „Türkei: Frauen kämpfen gegen familiäre Gewalt.“

## **HINSEHEN & HANDELN:**

### **Gewalt gegen Frauen verhindern Aktuelle Kampagne von Amnesty international**

Mit einer im März 2004 gestarteten globalen Kampagne stellt amnesty international unter dem Motto "HINSEHEN & HANDELN: Gewalt gegen Frauen verhindern" die Abschaffung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zwei Jahre lang in den Mittelpunkt ihrer Aktionen. ai möchte den Stimmen der Frauen und Männer, die die Beseitigung von Diskriminierung und Gewalt fordern, weltweit Gehör verschaffen und Entscheidungsträger/innen, Organisationen und Einzelpersonen dazu ermutigen, sich öffentlich zum Schutz der Menschenrechte von Frauen zu bekennen. Im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Institutionen vor Ort und kommunalen Behörden wirkt ai auf die Förderung von Programmen hin, die Frauen zu einem Leben frei von Gewalt verhelfen sollen. Regierungen müssen ihre Pflicht zum Schutz der Frau einlösen.

Einen ersten Erfolg konnte die deutsche ai-Sektion bereits erzielen: Im jüngst verabschiedeten Zuwanderungsgesetz ist endlich geschlechtsspezifische und nicht-staatliche Verfolgung als Fluchtgrund anerkannt - dies war eine zentrale Forderung von amnesty. Somit kann nun beispielsweise eine Frau, die vor Genitalverstümmelung flieht, in Deutschland Schutz finden.

Diese gesetzlichen Verbesserungen werden sich aber nur dann auf die Realität von Frauen auswirken, wenn das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge seine bisherigen Bewertungsmaßstäbe modifiziert. Bisher wurde den betroffenen Frauen häufig die Glaubwürdigkeit abgesprochen, ohne den Fall im Einzelnen zu überprüfen. Auch haben das Bundesamt und die Gerichte argumentiert, dass Genitalverstümmelung keine Form der Verfolgung sei, weil die Frau mit diesem Brauch gesellschaftlich integriert werde. Diese menschenverach-

tende Sichtweise muss sofort aufgegeben werden.

amnesty international arbeitet im Rahmen der Kampagne außerdem zu folgenden Themen:

### **Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten**

Unter der zerstörerischen Gewalt in Kriegen und bewaffneten Konflikten haben Frauen wie Männer zu leiden. Aber Opfer systematischer Vergewaltigungen und erzwungener Prostitution sind fast ausschließlich Frauen und Mädchen. Von bewaffneten Konflikten ist heute zu 80 Prozent die Zivilbevölkerung betroffen, vor allem Frauen und Kinder. Mädchen werden entführt, als Kindersoldatinnen, Dienerinnen und Prostituierte zwangsrekrutiert. Bei systematischen Vergewaltigungen werden die Überlebenden mit HIV infiziert. Frauen und Kinder werden auf der Flucht und in Flüchtlingslagern angegriffen und vergewaltigt. ai fordert ein Ende dieser grausamen Verbrechen und die angemessene Bestrafung der Täter sowie Aufklärung und Bewusstseinsarbeit mit Soldaten.

**Familiäre Gewalt** Familiäre Gewalt ist in allen Teilen der Welt die häufigste Form der Gewalt, die Frauen erleben. Die Familie und das Zuhause, für viele der Inbegriff von Frieden und Sicherheit, sind für Millionen Frauen ein Ort des Leidens, wo ihnen Missbrauch, Folter und sogar Tod drohen. Auch hier appelliert ai an die Verantwortung von Regierungen, Gesetze gegen familiäre Gewalt zu erlassen. Dies bedeutet zum Beispiel, dass Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand wird oder dass dauerhafte staatliche Beratungsstellen mit ausreichender Finanzierung für Opfer von Gewalt eingerichtet werden

**Menschenrechtsverteidigerinnen** Frauen sind nicht nur Opfer – Frauen wehren sich, schützen sich und andere, zeigen Mut und Zivilcourage. In vielen Ländern überschreiten diese Frauen allein durch ihr öffentliches Engagement die Grenzen

patriarchaler Strukturen. amnesty international legt deshalb einen weiteren Schwerpunkt auf die Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen. Frauen, die unter schwierigsten Bedingungen für die Rechte anderer kämpfen und dabei selbst der Gefahr von Gewalt ausgesetzt sind, brauchen die Solidarität einer breiten Öffentlichkeit

**Die Verantwortung des Staates und anderer Akteure** Behördenvertreter und andere staatliche Funktionsträger – wie Polizisten, Strafvollzugsbedienstete oder Mitarbeiter in Erziehungseinrichtungen – verüben Gewalt an Frauen ebenso wie vom Staat unabhängige Akteure aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld: Arbeitskollegen, Ärzte, religiöse Führer und Mitglieder der eigenen Familie. Auch sie müssen die grundlegenden Menschenrechte achten. Jede und jeder hat in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte elementare Pflichten.

**Menschenrecht - Frauenrecht** Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Fundament der Menschenrechtsbewegung, sichert allen Menschen die gleichberechtigte Ausübung ihrer bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte zu. Das heißt: Alle Menschen, ob männlich oder weiblich, haben Anspruch auf alle Menschenrechte. Weder Kultur noch Tradition können die Verletzung grundlegender Menschenrechte der Frau entschuldigen. Universalität bedeutet dabei nicht Uniformität oder eine Absage an die Pluralität von Frauenleben. Erst die Vielfalt der Kulturen und geschichtlichen Erfahrungen gibt den Menschenrechten universellen Charakter. Das Recht der Frauen auf Freiheit von Gewalt ist ein integraler Bestandteil der Menschenrechtserklärung und bindender völkerrechtlicher Konventionen. Gewalt gegen Frauen ist daher nicht allein die Angelegenheit von Frauen; sie betrifft Männer ebenso. Sie müssen sich ihrer Verantwortung stellen und aktiv gegen Gewalt an Frauen eintreten. Solange Gewalt gegen Frauen grausam

mer Alltag ist, bleiben die Versprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unerfüllt.

Unsere Forderungen amnesty international fordert Regierungen weltweit dazu auf, Gesetze, die Frauen diskriminieren, abzuschaffen und Frauen den gleichberechtigten Zugang zu politischer Macht und wirtschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen; wirksame Maßnahmen zur Prävention und zum Schutz vor Gewalt sowie zur angemessenen Bestrafung der Täter zu ergreifen; das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) ebenso wie das dazugehörige Zusatzprotokoll ohne jeden Vorbehalt zu ratifizieren; sich auf ein Abkommen zur Regulierung des Waffenhandels zu einigen, um die Weiterverbreitung insbesondere von Kleinwaffen zu stoppen, mit denen Gewalt gegen Frauen ausgeübt wird; das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu ratifizieren, um der Straflosigkeit von Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten ein Ende zu setzen; die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats, die eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und beim gesellschaftlichen Wiederaufbau nach bewaffneten Konflikten fordert, umzusetzen. amnesty international fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes durch geeignete Maßnahmen wie Aufklärung über das Gesetz, Beratung der betroffenen Frauen und akute Hilfe für sie zu fördern. Maßnahmen, die die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes erschweren, wie z.B. die Reduzierung oder Streichung der finanziellen Unterstützung von Frauenhäusern, sind zurückzunehmen. Diese Forderung richtet sich auch an die Landesregierungen; Menschenrechtsverteidigerinnen in ihrem Einsatz für die Menschenrechte vor Ort zu unterstützen. Sollte eine Ausreise wegen Gefahren für Leib und Leben notwendig sein, muss die Bundesregierung Menschenrechtsverteidigerinnen die Einreise nach Deutschland schnell und unbürokratisch

tisch ermöglichen und ihnen in Deutschland vorübergehend Schutz gewähren.

**Gewalt gegen Frauen muss ein Ende gesetzt werden. Auf Kriegsschauplätzen ebenso wie im Schlafzimmer. Unterstützen Sie uns dabei!**

**Afghanistan: Gewalt ist für Frauen noch immer Alltag**

*„Ich habe Jamila im Gefängnis von Kabul getroffen. Sie ist 16 Jahre alt und wurde verhaftet, weil sie ihren Mann verlassen hat. Das Gefängnis war voll von Frauen, denen Ehebruch vorgeworfen wurde. Einige waren vor ihren brutalen Ehemännern davon gelaufen. Wieder andere waren im Gefängnis, weil sie den Mann heiraten wollten, den sie liebten.“* (Irene Khan, internationale Generalsekretärin von ai, berichtet von ihrem Besuch in einem Kabuler Frauengefängnis) Mehr als zwei Jahre nach dem Sturz der Taliban ist es weder der internationalen Gemeinschaft noch der Übergangsregierung gelungen, Frauen in Afghanistan wirklich vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Diskriminierung und Unsicherheit prägen ihren Alltag. Zwangsehen, die Verheiratung von Minderjährigen und Vergewaltigungen sind nach wie vor weit verbreitet

Die im Januar 2004 verabschiedete Verfassung verankert die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vor dem Gesetz. Die aktuelle Rechtsprechung macht Frauen jedoch noch immer zu Menschen zweiter Klasse.

**Ungerechte Justiz** Frauen haben kaum Zugang zur Gerichtsbarkeit. Ohne einen männlichen Verwandten oder eine ältere Frau dürfen sie weder Gerichte noch traditionellen Entscheidungsinstanzen ansprechen. Es fehlt an Gesetzen, die Frauenrechte explizit schützen und Gewalt gegen Frauen als eine Straftat anerkennen. Die Richter wenden in ihrer Rechtsprechung eine Mischung von kodifiziertem Recht, Scharia-Recht und Gewohnheitsrecht an - in der Praxis meist die Variante, die für den Mann die günstigere ist. Nach geltendem Recht dürfen

Männer ab 18 Jahren und Frauen ab 16 Jahren in Afghanistan heiraten. Vor allem in ländlichen Regionen werden Mädchen jedoch oft sehr viel jünger verheiratet. Umfragen von ai haben ergeben, dass das übliche Heiratsalter bei 12 bis 16 Jahren liegt. Diese Gesetzesverstöße werden von der Justiz in der Regel nicht geahndet. Die meisten afghanischen Frauen wagen erst gar nicht, Vergewaltigungen oder erlittene Gewalt anzuzeigen. Denn es sind meist die Frauen und Mädchen und nicht etwa die beteiligten Männer, die dann eines *zina*-Verbrechens bezichtigt werden. Zu diesen Verbrechen gehören eine sexuelle Beziehung außerhalb der Ehe, das „Verlassen des Heims“, Ehebruch und vorehelicher Geschlechtsverkehr. Im Fall von Jamila ist das Gefängnis daher paradoxerweise Ort der Bestrafung und Zuflucht zugleich. Denn sie hat Angst, dass ihr Vater sie töten wird, weil sie in seinen Augen die Familienehre beschmutzt hat. Und selbst wenn es ihr Vater nicht tut, ist sie davon überzeugt, dass sie der Mann, der sie entführt und zur Heirat gezwungen hat, mit Sicherheit tötet. Davon ist Jamila überzeugt. Die Verantwortung der Bundesregierung Deutschland ist eines der größten Geberländer für den Wiederaufbau in Afghanistan. Deutsche Polizisten bilden Polizeikräfte in Kabul aus. Die Bundesregierung hat somit einen enormen Einfluss auf die gegenwärtige Entwicklung des Landes. Wir fordern sie auf, diesen Einfluss zu nutzen, um zur Verankerung der Menschenrechte und zur Abschaffung von Gewalt gegen Frauen beizutragen.

**Mexiko: Frauenmorde in Ciudad Juárez - Behörden sehen tatenlos zu**

Die 17-jährige Lilia García, Mutter eines Babys und einer dreijährigen Tochter, arbeitete in einer Fabrik in Ciudad Juárez. Nach einem langen Arbeitstag Mitte Februar 2001 machte sie sich auf den Weg zur Bushaltestelle. Dieser führt über ein unbeleuchtetes, verlassenes Gelände neben der Fabrik. An diesem Abend erreichte sie ihr Ziel nicht. Zehn Tage später fand man Lilias Leiche auf dem Ge-

lände. Sie war in eine Decke gehüllt und zeigte Anzeichen von körperlichem und sexuellem Missbrauch. Als Todesursache wurde Ersticken als Folge von Strangulation festgestellt. Der gerichtsmedizinische Bericht ergab, dass der Mord ein einhalb Tage zuvor begangen und das Opfer vor seinem Tod mindestens fünf Tage lang gefangen gehalten worden war

**Tagelanges Martyrium** In der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez im Bundesstaat Chihuahua wird fast jede Woche eine Frau ermordet. Mindestens ein Drittel von ihnen hat vor ihrem Tod massive sexuelle Gewalt erlitten. Der Großteil dieser Verbrechen wurde bis heute nicht aufgeklärt – für amnesty international kommt das Versagen der mexikanischen Behörden, etwas gegen die Morde zu unternehmen, einer stillschweigenden Duldung gleich. Viele der Frauen und Mädchen wurden entführt, tagelang gefangen gehalten und gequält, erniedrigt und sexuell gefoltert, bevor man sie strangulierte oder brutal erschlug. Ihre Leichen wurden in vielen Fällen erst Monate oder Jahre später hinter Müllbergen oder in menschenleeren Gegenden am Stadtrand aufgefunden. Zahlreiche junge Frauen sind noch „verschwunden“ – die Behörden sprechen von 70, zivile Organisationen sogar von 400 spurlos „Verschwundenen“. Die meisten ermordeten oder „verschwundenen“ Frauen und Mädchen waren zwischen 13 und 22 Jahren alt und kommen aus armen Familien. Viele arbeiteten in der Nähe der US-Grenze in so genannten *Maquiladoras*. Das sind Fabriken, die von ausländischen Firmen errichtet werden, um das niedrige Lohnniveau auszunutzen. Unter den Opfern waren aber auch Kellnerinnen, Studentinnen und Hausangestellte.

**Die Rolle der Behörden** Die Behörden verschleppen seit Jahren die Ermittlungen zu dieser Mord- und Entführungsserie. Sie gehen Hinweisen oder Zeugenmeldungen nicht nach, führen gerichtsmedizinische Untersuchungen nur oberflächlich oder gar nicht durch und lassen

mögliche Beweismittel verschwinden. Die Familien der Opfer finden kein Gehör. Ein hierzu von amnesty international im August 2003 veröffentlichter Bericht erregte landesweites Aufsehen – der Gouverneur von Chihuahua distanzierte sich vehement von den darin erhobenen Vorwürfen.

### **Kosovo: Frauenhandel und Zwangsprostitution**

*„Ich war gerade auf dem Weg zur Schule als ich merkte, dass mich eine junge Frau beobachtete. Sie kam zu mir, bot mir einen Börek an und bezahlte ihn. Nach einigen Tagen freundeten wir uns an. Eines Tages schlug sie mir vor, mich im Auto mitzunehmen. Das Auto fuhr in eine mir unbekannte Gegend. Der Fahrer war ein Mann. Als ich wissen wollte, wohin wir führen, sagten sie mir, dass wir eine alte Stadt besuchen würden, in der ich noch nie gewesen sei. Dort wurde ich drei Wochen lang in einem Motel festgehalten. Ich wurde von vielen Männern vergewaltigt. Ich schrie, aber niemand hörte mich, da sie mir den Mund zuhielten.“* (13-jähriges albanisches Mädchen aus dem Kosovo)

Die Präsenz internationaler Truppen und Organisationen im Kosovo hat zu einer Blüte des menschenverachtenden Frauenhandels und der illegalen Sexindustrie in der Region geführt. Seitdem ist der Kosovo eines der Hauptzielländer in Europa für Frauen, die gehandelt und zur Prostitution gezwungen werden: Die Zahl der Bars, in denen vermutlich gehandelte Frauen arbeiten, stieg von 18 im Jahr 1999 auf über 200 Ende 2003 – mit einer wahrscheinlich sehr viel höheren Dunkelziffer. Mitarbeiter internationaler Organisationen waren in Menschenhandel verstrickt, darunter auch Personal der UNMIK-Polizei (UNMIK - Interimsregierung der Vereinten Nationen). Aus den Reihen der internationalen Kräfte kommen etwa 20 Prozent der Freier, die allein im Jahr 2002 für 80 Prozent des Umsatzes sorgten. Daher fehlt den Frauen und Mädchen vielfach das Vertrauen, sich in die Obhut dieser Kräfte zu begeben. Auch wenn



Frauen den Menschenhändlern und Zuhältern entkommen, werden sie oft wie Kriminelle behandelt. Sie werden der – im Kosovo illegalen – Prostitution oder des illegalen Aufenthalts angeklagt und verurteilt. Frauen und Mädchen werden aus Moldawien, Rumänien, Bulgarien und der Ukraine in den Kosovo gehandelt. Sie werden bedroht, geschlagen, vergewaltigt. Viele Frauen kommen aus ärmsten Verhältnissen und haben in ihren Heimatländern bereits familiäre Gewalt erfahren. Ihnen wird ein besseres Leben im Westen versprochen. Manche Frauen, unter ihnen auch Minderjährige, werden mehrmals weiter verkauft, die Preise liegen zwischen 50 und 3.500 Euro. Auch eine steigende Zahl von Kosovarinnen werden zur Prostitution gezwungen.

**Die Verantwortung von UNMIK und KFOR** Die internationale Gemeinschaft hat zunächst nichts gegen den Frauenhandel unternommen. Erst im November 2000 wurde eine UNMIK-Spezialeinheit zu Frauenhandel und Prostitution gegründet; im Januar 2001 erließ die UNMIK eine Richtlinie, die sowohl den Handel als auch den wissentlichen Sex mit gehandelten Frauen als strafbare Handlung festschreibt. Bis heute ist jedoch niemand aufgrund dieser Richtlinie verurteilt worden. Ein Grund für den anhaltenden Handel ist auch die Straflosigkeit für Mitarbeiter internationaler Organisationen: Für alle Angehörige von KFOR und UNMIK gilt eine generelle Immunität, d.h., im Kosovo können sie nicht strafrechtlich belangt werden – erst bei einer ausdrücklichen Aufhebung der Immunität können sie in die Heimatländer zurückgeschickt und dort angeklagt werden. Nach Erkenntnissen von ai wurde jedoch bislang niemand in seinem Heimatland zur Verantwortung gezogen.

### **Feministische Widerstandstage**

- für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben  
 - gegen Gewalt gegen Frauen,  
 - gegen Rassismus und Sozialabbau  
 vom 9. - 12. September 2004 in Berlin

### **Wir wollen**

- die politische und gesellschaftliche Dimension von Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Lesben und Gewalt gegen Transgender wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein rücken
- den menschenverachtenden rassistischen Normalzustand zum Thema machen und durchbrechen
- zusammen diskutieren, Aktionen machen, lachen, kämpfen und Perspektiven entwickeln

### **Warum feministische Aktionstage?**

Die aktuelle Politik in der BRD bedeutet eine massive Verschlechterung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen. Vereinzelung, Verarmung und ungesicherte Arbeitsverhältnisse gehören zu den zentralen Folgen dieser Politik. Weltweit verschärfen sich die Lebensbedingungen durch die immer größere Ausbreitung der kapitalistischen Globalisierung und deren Verwertungsstrategie. In allen Lebensbereichen sind besonders auch Frauen mit Zwang und Kontrolle, Ausgrenzung und Entrechtung, Erniedrigung und unmittelbarer Gewalt, sozialen Kürzungen, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen konfrontiert. Gewalt- und Unterdrückungsverhältnisse funktionieren nur, wenn sie zur Normalität erklärt werden und wenn sie durch das Verhalten jeder/s einzelnen stabilisiert werden.

**Laut UNICEF ist Gewalt gegen Frauen die häufigste Menschenrechtsverletzung - die herrschende Politik sorgt dafür, dass dies so bleibt**

In den 70er Jahren haben Frauen das Problem der männlichen Gewalt vermehrt enttabuisiert. Die im Privaten verborgene und verheimlichte Gewalt und Herrschaft wurde und wird durch die Frauenbewegung öffentlich thematisiert und damit politisiert. Die Politik wurde aufgefordert, die Verantwortung für das gesellschaftliche Problem zu übernehmen. In Zeiten angeblich knapper werdender Mittel er-

halten notwendige frauenspezifische Angebote keine ausreichende oder überhaupt keine finanzielle Unterstützung, viele Einrichtungen existieren nicht mehr und weitere verlieren Jahr für Jahr ihre Existenz.

Ein Beispiel hierfür sind die weitreichenden Beschneidungen der Autonomie und finanziellen Mittel der Frauenhäuser.

Frauen, die eine Gewaltsituation beenden wollen, soll die freie Wahl des Zufluchortes genommen werden. Entlang der rassistischen Schere sollen Migrantinnen mit Duldung keinen Schutz mehr in Frauenhäusern finden.

**Keine Schließung der Frauenhäuser!  
Für autonome feministische Projekte !**

### **Gegen das Patriarchat**

Eine Grundlage dieser Gesellschaft ist das Patriarchat. Im Patriarchat sind Frauen/Mädchen/Lesben/ Transgender von Männergewalt, Diskriminierung und Ausbeutung – strukturell und individuell – betroffen.

Wir sind mit Rollenzuschreibungen und Zwangsheterosexualität konfrontiert, da das Patriarchat auf Zweigeschlechtlichkeit basiert.

In diesem Sinne ist es für die patriarchale Ordnung notwendig, dass jeder Mensch einem Geschlecht zugeordnet wird und sich selbst zuordnet. Besteht bei der Geburt keine eindeutige Geschlechtszuordnung (Intersexualität) entlang der Maßlatte für Männlein und Weiblein, wird die frisch geborene Person durch medizinische Eingriffe zurechtoperiert. Das Transsexuellengesetz (TSG) definiert transidentische Menschen als krank und zwingt sie zu weitgehenden Maßnahmen, um eine Eindeutigkeit des Geschlechts zu erreichen. Transsexualität hat so viele Gesichter, wie es Transsexuelle gibt. Solange das dualistische Denken Platz in unseren Köpfen hat ist der Schutz Transsexueller /-identischer Personen durch ein radikal im Sinne der Selbstbestimmung verändertes TSG notwendig.

**Weg mit dem patriarchalen Normalzustand!**

### **Gegen Rassismus**

Menschen anderer Nationalität, Hautfarbe oder Sprache zu Fremden, „Ausländern“ oder „Asylanten“ zu machen ist die Wurzel des nationalistischen gesellschaftlichen Konsens. Ohne diesen nationalistischen Konsens wäre es unmöglich, dass der größte Teil der Bevölkerung es als positiv und richtig erachtet, dass Flüchtlinge und MigrantInnen über die Asyl- und Ausländergesetze kriminalisiert und illegalsiert werden.

So bedeutet das neue Zuwanderungsgesetz z.B. :

Flüchtlingen und MigrantInnen werden in für den Arbeitsmarkt erwünscht und unerwünscht sortiert, frauenspezifische Fluchtgründe werden nur vordergründig berücksichtigt, z.B. besteht weiterhin die Nachweispflicht für erlebte sexualisierte Gewalt.

Die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen werden zunehmend eingeschränkt, Flüchtlinge können sich aufgrund der Residenzpflicht nicht frei bewegen und leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern und Ausreisezentren, die Abschiebep Praxis wird verschärft.

Migrantinnenprojekte und Flüchtlingsinitiativen, die sich gegen weitere Einschränkungen ihrer Rechte wehren, sind von Kürzungen betroffen.

**Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze!**

**Bleiberecht für alle!**

### **Gegen kapitalistische Ausbeutung**

Unter dem Stichwort Agenda 2010 vollzieht die Bundesregierung einen sozialen Angriff weg vom „Sozialstaat“. Profitmaximierung und Entsolidarisierung lautet die offizielle Devise der Herrschenden.

Ein Beispiel hierfür ist Hartz IV:

Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bedeutet immer schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen, zunehmende Armut und entgarantierte, rechtlose Arbeit entlang den gesellschaftlich etablierten Hierarchien: erst der Mann dann die Frau, erst die Einheimischen, danach MigrantInnen,

Flüchtling, Illegalisierte.

Während der feministischen Widerstandstage wollen wir die Situation von Frauen in den Vordergrund stellen: Frauen sind schon jetzt besonders von Armut betroffen, arbeiten unbezahlt oder schlechtbezahlt. Laut Statistischem Bundesamt beträgt der Durchschnittsverdienst von Frauen nur 75% von dem der Männer. Jede weitere Kürzung, wie die geplante Streichung von Zusatzleistungen, trifft sie deshalb besonders hart. Mit der Entsolidarisierung im Rahmen der sog. Gesundheitsreform sind Frauen, Lesben und Mädchen mit Behinderungen und chronisch Kranke in großem Maße konfrontiert.

**Solidarität statt Spaltung!**

### **Gegen Globalisierung**

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“. Dieser von widerständigen Flüchtlingen formulierte Satz konfrontiert uns in wenigen Worten damit, dass kapitalistische Verwertung und globale Ausbeutung von den Industriestaaten ausgeht, in denen wir auch leben. Profitmaximierung kennt keine Grenzen. Hierfür ist jedes Mittel recht. Humanitäre Hilfeleistungen oder die Befreiung unterdrückter Frauen sind nur Vorwände für Kriege, die eigentlich den Zugriff der kapitalistischen Länder auf Arbeitskräfte und Rohstoffe sichern sollen.

Wir solidarisieren uns mit all jenen, die gegen Ausbeutung und Herrschaft im Widerstand sind. Mit den Frauen, die in den Weltmarktfabriken für menschenwürdige Arbeitsbedingungen kämpfen, mit den Bauern und Bäuerinnen, die sich gegen die Genpatentierung ihrer Agrarfrüchte wehren, mit den Menschen, die weltweit gegen die Privatisierung der Wasserressourcen kämpfen, mit den Frauen, die an allen Orten gegen Männergewalt Widerstand leisten. Wir wollen einen internationalistischen Widerstand!

**Die Welt ist keine Ware - gegen kapitalistische Ausbeutung und Krieg!**

Die feministischen Widerstandstage werden von unterschiedlichen Feministinnen

und feministischen Gruppen überregional organisiert. In Form von vielfältigen Aktionen wollen wir unseren Zorn und unsere Wut ausdrücken.

Eingeladen sind alle Frauen, Mädchen, Lesben, Transgender, mit oder ohne Behinderung, die gemeinsam Verknüpfungen setzen wollen, wo sie sonst nicht sichtbar sind und sich entgegen der Vereinzelung gemeinsam organisieren. Kämpfen wir gemeinsam für ein herrschaftsfreies und selbstbestimmtes Leben für alle!

Kommt mit Lust und vielen Ideen nach Berlin!

Beteiligt Euch! Macht Aktionen!

Dieses Flugblatt gibt es auch in anderen Sprachen. Auf den Aktionstagen soll in unterschiedliche Sprachen übersetzt werden.

*Kontakt und weitere Infos:*

*"gemeinsam kämpfen"*

*c/o Aradia Frauenbuchladen*

*Pestalozzistr. 9*

*34119 Kassel*

*internet:*

*[www.feministischewiderstandstage.de](http://www.feministischewiderstandstage.de)*

*e-mail: [fiftwiderstand@linkeseite.zzn.com](mailto:fiftwiderstand@linkeseite.zzn.com)*

## THEMEN

### **1,6 Millionen Frauen dürfen Wal-Mart verklagen**

*Von Thomas Hillenbrand, New York*

Ein US-Richter hat eine Sammelklage gegen den Wal-Mart-Konzern zugelassen. Die Klägerinnen werfen dem Handelsriesen vor, Frauen systematisch schlechter zu bezahlen und ihren Aufstieg in Führungspositionen zu behindern. Wal-Mart droht nun das größte Verfahren wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz in der Geschichte der USA.

New York - Das US-Bezirksgericht in Nordkalifornien entschied gestern, dass insgesamt 1,6 Millionen ehemalige und derzeitige Angestellte im Rahmen einer Sammelklage Ansprüche gegenüber Wal-Mart geltend machen können. Ausgangs-

punkt war eine Klage von sechs Frauen gegen das Unternehmen aus dem Juni 2001. Personen mit ähnlichen Fällen wie die ursprünglichen Klägerinnen können nun theoretisch der Klage beitreten.

Betroffen sind alle weiblichen Angestellten, die seit Dezember 1998 für den Einzelhandelsriesen gearbeitet haben. Die Klägerinnen werfen Wal-Mart vor, Frauen systematisch schlechter zu bezahlen als Männer. Zudem werde weiblichen Angestellten der Aufstieg in Führungspositionen erschwert. Zwei von den Klägern beauftragte Gutachter hatten errechnet, dass Frauen bei Wal-Mart im Schnitt 6,2 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Zudem arbeiteten Frauen in der überwiegenden Mehrheit als Kassiererinnen, der Anteil von Frauen in Führungspositionen liege deutlich unter dem Branchendurchschnitt.

Für das Unternehmen aus Bentonville ist die Entscheidung des Richters Martin Jenkins eine schwere Niederlage. Wal-Mart hatte eigene Statistiken eingereicht, um die Vorwürfe zu entkräften. Jenkins schrieb jedoch in seiner schriftlichen Begründung, die von den Professoren Richard Drogin und William Bielby für die Klägerseite eingereichten Zahlen seien "weitgehend unbestritten". Mit dem Argument, die Klage sei wegen ihres enormen Umfangs nicht verhandelbar, konnte sich Wal-Mart ebenso wenig durchsetzen. Auch den Einwand des Konzerns, dass die Löhne nicht von der Zentrale, sondern vor den einzelnen Filialen vor Ort festgesetzt würden, ließ Jenkins nicht gelten.

### **Milliardenschweres Risiko**

Wal-Mart hat nun zehn Tage Zeit, Einspruch gegen die Entscheidung einzulegen, was als wahrscheinlich gilt. Ein Konzernsprecher wies darauf hin, dass bisher nur die formelle Zulässigkeit der Klage als Sammelklage festgestellt worden sei. "Das hat überhaupt nichts mit dem Fall als solchem zu tun." Sollte Wal-Mart jedoch vor Gericht unterliegen, dürfte das sehr teuer werden. Nach der Entscheidung des Richters können die Mitarbeiterinnen sowohl auf entgangenen

rinnen sowohl auf entgangenen Lohn als auch auf zusätzlichen Schadenersatz klagen.

In der Regel werden Verfahren dieser Art allerdings nicht ausgefochten, sondern vorher per Vergleich beigelegt. Wie hoch das finanzielle Risiko für den Konzern ist, lässt sich kaum sagen. Fälle von vergleichbarer Größe gibt es nicht. In einer kleineren Sammelklage zahlte die Baumarktkette Home Depot 1997 im Rahmen eines Vergleichs etwa 100 Millionen Dollar an 25.000 Frauen. Auch in diesem Fall ging es um sexuelle Diskriminierung. Auf den Fall Wal-Mart hochgerechnet belief sich der Streitwert entsprechend auf 6,4 Milliarden Dollar. Juristen halten es allerdings für unwahrscheinlich, dass ein Vergleich in dieser Höhe zustande kommt.

### **Die Bestie von Bentonville**

Selbst wenn Wal-Mart den Prozess gewänne, ist der Imageschaden für das Unternehmen bereits jetzt immens. Wegen seiner aggressiven Strategie ist der mit 1,3 Millionen Mitarbeitern größte Arbeitgeber der USA bei Gewerkschaftern und Zulieferern als "Bestie von Bentonville" verschrien. Konzernkritiker monieren seit Jahren den rüden Umgang des Unternehmens mit seinen Mitarbeitern sowie die angeblich schlechte Bezahlung. Auch in Deutschland ist der Konzern in diesem Zusammenhang bereits mehrfach in die Kritik geraten. Gegen Wal-Mart sind in den USA noch etwa 30 weitere arbeitsrechtliche Verfahren anhängig.

Zulieferer beklagen, dass der Discounter ihnen Preise und Strategie diktiere. Marty Bailey vom Textilunternehmen American Apparel sagte kürzlich gegenüber SPIEGEL ONLINE: "Wenn sie auf Wal-Mart als Vertriebspartner angewiesen sind, dann zieht Wal-Mart die Fäden. Dann werden sie zu einer Marionette." In der Branche geht der Witz um, dass nur eines schlimmer sei als ein Deal mit Wal-Mart: kein Deal mit Wal-Mart.

Die Aversion gegen den Discounter geht in einigen Teilen der USA inzwischen so weit, dass sich Bürger gegen neue Wal-Mart-Niederlassungen wehren. Besonders gefürchtet sind die so genannten Supercenter. Diese XXL-Versionen der normalerweise bereits üppig dimensionierten Wal-Mart-Filialen beherbergen zusätzlich weitere Shops wie Friseure, Banken oder Zeitschriftenhändler. Im nordkalifornischen Gilroy kämpfen Gewerkschafter und Aktivisten seit einigen Wochen gegen ein Supercenter in ihrer Gemeinde. Wal-Mart, so ihr Vorwurf, werde in kürzester Zeit den örtlichen Einzelhandel ruinieren.

### **Hilflose Gutmenschen-Offensive**

Zwar versucht der Konzern inzwischen, mit einer PR-Offensive gegenzusteuern, die bisherigen Versuche wirken allerdings eher hilflos. Im US-Fernsehen schaltet das Unternehmend derzeit Spots, in denen Angestellte vom sozialen Verantwortungsbewusstsein und der Chancengleichheit bei Wal-Mart schwärmen. In einem der Filmchen berichtet ein Familienvater beispielsweise, dass sein Kind nur dank der Unterstützung des Konzerns von einer schweren Erkrankung geheilt werden konnte.

Ende Mai machte sogar der Washingtoner National Trust for Historic Preservation gegen den Einzelhändler Front. Nachdem bekannt geworden war, dass Wal-Mart im US-Staat Vermont sieben Supercenter mit über 90.000 Quadratmetern Fläche eröffnen will, schlugen die Denkmalschützer Alarm. Wenn der Plan umgesetzt werde, seien Vermonts pittoreske Städtchen mit ihrer kleinteiligen Wirtschaftsinfrastruktur gefährdet. Deshalb setzte die Stiftung kurzerhand den gesamten Staat auf die Liste bedrohter historischer Stätten.

### **Karrieresprung.**

#### **Frauen gründen anders**

*Von Birgit Obermeier*

Der Trend scheint klar: Hin zur eigenen Chefin. 1,07 Millionen selbständige Frauen registrierte das Statistische Bundesamt 2003 in Deutschland. Das sind 29 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Bei den Männern stieg der Anteil der Unternehmer im selben Zeitraum um weniger als die Hälfte.

Freilich: Der Gründerinnen-Boom fußt auf einem niedrigerem Ausgangsniveau. Mit einem Anteil von 28 Prozent sind Frauen unter den Selbständigen hierzulande immer noch deutlich unterrepräsentiert. Schließlich stellen sie mittlerweile 45 Prozent aller Erwerbstätigen und sind ebenso gut ausgebildet wie ihre männlichen Kollegen. Da ist noch Potential vorhanden, das bei weitem nicht vollständig genutzt werde, resümiert die Gründerstudie Global Entrepreneurship Monitor (GEM) 2003 der Universität Köln.

### **Bundesweite Agentur für Gründerinnen**

Das hat auch die Bundesregierung erkannt und eine bundesweite Agentur für Gründerinnen geschaffen. Das Service-Angebot startete vor wenigen Wochen mit einer telefonischen Hotline zur Orientierungsberatung. Ein Internet-Auftritt soll Gründerinnen in Kürze umfassende Praxis-Tips liefern und sie mittels einer Kontakt- und Ideenbörse sowie einer Expertinnendatenbank untereinander vernetzen. Geplant sind auch Fachtagungen und Coaching-Angebote.

Beratungsangebote auf lokaler und regionaler Ebene sowie Netzwerke für Gründerinnen gibt es zwar bereits eine ganze Menge. Diese will der Bund in seiner zentralen Plattform bündeln und vernetzen. „Unser Ziel ist es, Transparenz zu schaffen“, sagt Iris Kronenbitter, Projektleiterin der neuen Gründerinnen-Agentur. Den Wert eines geschlechtsspezifischen Angebots kennt sie aus ihrer langjährigen Arbeit in der Gründerinnenberatung des Landes Baden-Württemberg.

### **Andere Motivation**

„Frauen gründen anders“, weiß auch Christiane Stapp-Osterod, Vorstand der

Frauenbetriebe in Frankfurt. Der gemeinnützige Verein berät bereits seit 20 Jahren Gründerinnen. Allein die Motivation ist häufig eine andere als bei Männern. Während diese mit dem Schritt in die Selbständigkeit primär eine berufliche Entscheidung treffen, sehen Frauen darin oftmals eine Möglichkeit, Job und Familie unter einen Hut zu bringen, etwa nach der Babypause. Unter den Teilzeitselbständigen sind sie entsprechend überrepräsentiert.

Ebenso aber machen sich auch hochqualifizierte Frauen zur eigenen Chefin, um die „gläserne Decke“ zu umgehen, an die sie im Unternehmen früher oder später stoßen. „Die Facetten von Frauen-Gründungen sind äußerst vielfältig“, sagt Stapp-Osterod. Der Beratungsansatz der Frauenbetriebe schließt neben marktwirtschaftlichen Aspekten daher auch die persönlichen Lebensumstände der Klientinnen ein.

### **Bescheidene Erwartungen**

Auch in ihrem Gründungsverhalten unterscheiden sich Männer und Frauen deutlich, zeigt die GEM-Studie. Obwohl sie dem anderen Geschlecht in Sachen Schulbildung in nichts nach stehen, tendieren Frauen zur Gründung kleinerer Unternehmen in Bereichen mit geringeren Eintrittsbarrieren. Ihr Kapitalbedarf ist geringer, dennoch fehlen häufig die nötigen Eigenmittel. In die Zukunft blicken die Jung-Unternehmerinnen eher bescheiden: Mehr als die Hälfte erwartet, in fünf Jahren höchstens zwei Mitarbeiter zu beschäftigen. Im Gegensatz dazu rechnet ein Viertel der Männer mit 11 und mehr Angestellten.

Über die tatsächliche Entwicklung des Unternehmens sagt das freilich nichts aus. Die Gründungsforschung zeigt, daß Frauen ihre Perspektiven generell pessimistischer - aber auch realistischer - einschätzen als Männer. „Frauen planen risikobewußter“, sagt Kronenbitter. Eine Unterschätzung des eigenen Potentials ist freilich auch nicht dienlich. „Unternehmertum verpflichtet zum Optimismus“, sagt Christiane Stapp-Osterod.

### **Das Kreuz mit der Sozialisation**

Zumal es von Anfang an bestimmte Hürden zu überwinden gilt. Allein die Bürokratie kostet Nerven, hierzulande jedenfalls. Zur Gründung einer GmbH braucht es neun Genehmigungen und durchschnittlich 45 Tage. In Kanada kann ein vergleichbares Unternehmen nach zwei bis drei Tagen starten, zeigt eine aktuelle Studie der Weltbank. Hinzu kommt die Frage der Finanzierung. Nicht aufgrund ihres Geschlechts sprechen Gründerinnen bei den Banken oftmals vergebens vor, meint Christiane Stapp-Osterod. Wohl aber, weil kleinvolumige Vorhaben, gegründet als Teilzeiterwerb oder aus der Arbeitslosigkeit heraus, für die Kreditinstitute nicht besonders attraktiv sind. Förderdarlehen speziell für Klein Gründungen bieten etwa die KfW Mittelstandsbank oder Programme der Bundesländer.

Auch wenn sie es nicht immer anhand konkreter Beispiele belegen können: Gründerinnen kämpfen häufig mit dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. „Da spielt auch die Sozialisation mit rein - auf beiden Seiten“, sagt Iris Kronenbitter. Der Austausch mit Gründungsexperten hilft, sich über die neue Rolle als Unternehmerin und die Tragfähigkeit des Konzepts klar zu werden. Stapp-Osterod: „Wir nehmen jede Idee ernst - vorausgesetzt, sie lässt sich in einem Business-Plan durchdeklinieren.“

*Hotline der Bundesweiten Agentur für Gründerinnen: Tel. 01805/22 90 22, besetzt Montag bis Donnerstag von 9-18 Uhr, Freitag von 9-16 Uhr*

Frauen gründen vielfältiger

"Hohenheimer Erklärung" als Ergebnis der Auftakttagung von Deutschlands erster "bundesweiten Gründerinnenagentur" (bga)

Gründerinnen orientieren sich nicht unbedingt an männlichen Modellen; sie setzen an ihren eigenen Stärken an.

Die Vielfalt der Gründung von Frauen, die Motive der Frauen, ihre Leistungsbereitschaft, ihr Engagement und ihre Kreativität machen sie zu einem wichtigen Motor der Volkswirtschaft. Hierfür adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen ist eine

wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe. So lauten zentrale Ergebnisse der ersten Tagung der "bundesweiten gründerinnenagentur (bga)", zu der aus dem gesamten Bundesgebiet VertreterInnen aus Praxis und Forschung zum Dialog zusammenkamen.

Als wesentliche Aspekte über Gründungen von Frauen, wurde in der "Ersten Hohenheimer Erklärung zur Gründungsförderung von Frauen" festgehalten, dass die Heterogenität der Gründungen von Frauen anerkannt werden muss, dass Gründungen von Frauen als ein individueller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozess verstanden, beforscht, und gefördert werden muss; als Voraussetzung und Chance für Gründerinnen, dass unternehmerische Selbstständigkeit als Prozess in ganzheitlichen Lebenskonzepten von Frauen anerkannt, wertgeschätzt und als gesellschaftliches Innovationspotenzial genutzt werden muss und schließlich, dass das Gründungsverhalten von Frauen den Wandel der Erwerbsformen anleitet.

Die Tagung, die am 28./29. Juni 2004 an der Universität Hohenheim stattfand, stand unter dem Motto "Frauen, Gründung, Förderung. Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis der Förderung." Die bga wird von den drei Bundesministerien Bildung und Forschung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Wirtschaft und Arbeit finanziert. Das zeigt, dass es sich beim Thema Gründung von Frauen um ein komplexes Querschnittsthema handelt, das nicht beim Arbeitsmarkt Halt machen kann, sondern neben wirtschaftlichen auch familienspezifische und bildungsspezifische Aspekte zu integrieren hat.

Die Ursachen dafür, dass Gründungen von Frauen einerseits vielfältiger sind, dass Frauen in Deutschland andererseits seltener gründen als in vielen anderen europäischen Ländern, wurden neben individuellen Motiven im politischen Umfeld der Förderung, im gesellschaftlichen Umfeld des Stellenwertes weiblicher Gründerinnen und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie im kultu-

rellen Umfeld der Akzeptanz von Unternehmerinnen identifiziert.

Deutschlands erste "bundesweite gründerinnenagentur" ein Projekt des Landesgewerbeamt-ifex und der Innovation und Bildung Hohenheim GmbH, einer 100prozentigen Tochter der Universität Hohenheim. Dabei handelt es sich weniger um die erste Institution, die bundesweit die vielen Gründerinnen-Initiativen bündelte und good practices sammelte. Die Tagung wurde unter weiterer Mitwirkung von dem Center of Entrepreneurship der Universität Hohenheim und dem Heidelberger Institut für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (HI-FI) e.V. durchgeführt.

Weitere Informationen auch unter: [www.gruenderinnenagentur.de](http://www.gruenderinnenagentur.de)

*Nähere Informationen:*

*Ingrid Katz, Projektleiterin*

*c/o Innovation und Bildung Hohenheim GmbH, Wollgrasweg 49, 70599 Stuttgart*

*Tel.: 0711/ 451017 -206, Fax*

*0711/451017-220, Email: [katz@ibh.uni-hohenheim.de](mailto:katz@ibh.uni-hohenheim.de)*

## **Frauenpolitikerinnen werden es schwerer haben**

**Erste Einschätzung der Europaabgeordneten Lissy Gröner (SPD) und Doris Pack (CDU) zwf Straßburg (ske)**

Frauenpolitik wird im neuen Europäischen Parlament schwerer durchzusetzen sein. So lautet eine erste Einschätzung der alten und neuen SPD-Europaabgeordneten Lissy Gröner. Auch Doris Pack (CDU), Vorsitzende der Frauen in der Europäischen Volkspartei ist besorgt. Die CDU/CSU wird selbst sechs Frauen weniger nach Straßburg entsenden, und von den osteuropäischen Schwesterparteien werden laut Pack „so gut wie keine Frauen kommen“. Zwar steht immer noch nicht fest, wie hoch der Frauenanteil im Europäischen Parlament nach den Wahlen am 13. Juni sein wird, sicher ist jedoch, dass einige profilierte Frauenpolitikerinnen, wie Anna Karamanou, die Vorsitzende des Frauenausschusses, oder Fiorella Ghilhardotti von

den italienischen SozialdemokratInnen den erneuten Einzug ins Europa-Parlament nicht geschafft haben.

Die SPD-Europaabgeordnete Lissy Gröner bedauert es, dass die SPD durch den Verlust von zehn Sitzen fünf Frauen weniger nach Straßburg entsenden kann. Dadurch, dass sie nun nur noch eine von zwei bayerischen Abgeordneten ist, muss sie sich zudem mehr um regionale Belange kümmern und kann weniger Zeit und Energie in ihre Arbeit als Mitglied des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit stecken.

Besonders enttäuschend ist jedoch die Situation für die Frauen der CDU/CSU, die nur vier Sitze, aber sechs Frauen im Europäischen Parlament verloren haben. In verschiedenen Landesbezirken sind laut Doris Pack weniger Frauen aufgestellt worden. „Da können wir uns nicht freuen.“

### **Bislang wenig Gender-Bewusstsein in neuen Mitgliedsländern**

Wenig Hoffnung hat Pack auch, was den Anteil der Frauen in der Europäischen Volkspartei (EVP) insgesamt angeht. „Ich habe jeden Parteichef unserer Schwesterparteien in den neuen Mitgliedsländern angeschrieben“, berichtet sie gegenüber dem zwd. Lediglich Viktor Urban (Ungarn) habe reagiert und drei Frauen aufgestellt, die offenbar auch alle gewählt worden seien.

Die Erfahrungen seit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer am 1. Mai 2004 haben laut Gröner zudem gezeigt, dass die Gedanken und Ideen, die aus den osteuropäischen Ländern kommen, bislang wenig Gender-Bewusstsein enthalten. Auch die Tatsache, dass die konservativen und nationalistischen Kräfte im Europäischen Parlament gestärkt wurden, sieht die Europaparlamentarierin mit Besorgnis: „Vor diesem Hintergrund wird es sicher schwerer werden, eine fortschrittliche Frauenpolitik durchzusetzen.“

Abzuwarten bleibt nun auch noch, wie die Zusammensetzung der Europäischen Kommission im November ausfällt. Mit

der EU-Sozialkommissarin Anna Diamantopoulou, die im März 2004 ihren Posten in Europa verlassen hatte, um sich in der griechischen Politik zu engagieren, hatte die EU-Gleichstellungspolitik ihre Vorkämpferin in der Kommission verloren. (15.06.2004)

© 2001, zwd-online

*Alle Rechte vorbehalten*

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der ZWD Medien GmbH

## **Vorurteil kostenintensive Frau**

**Eine Studie des Bundes stellt fest:**

**Frauen belasten das Gesundheitswesen nicht mehr als Männer**

VON YVES CARPY

Bern - Das gängige Vorurteil der «kostenintensiven Frau» ist nicht mehr haltbar. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums und des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). «Wir wollen die Kostendiskussion objektivieren», sagt Claudia Meier, Leiterin der Fachstelle Gender Health beim BAG. Die Studie «Gesundheitskosten und Geschlecht» platzten sie und Ko-Herausgeber Paul Camenzind vom Gesundheitsobservatorium in eine sich zuspitzende Politdebatte: Die Versicherungen lobbyieren für «risikogerechtere Prämien», linke und grüne Politiker fordern die Ausweitung des Solidaritätsgedankens.

Meier und Camenzind hatten erstmaligen Zugriff auf den Datenpool des Krankenversicherungsverbandes Santé Suisse zur Grundversicherung und forschten nach den Ursachen, wie die rund drei Milliarden Franken zu Stande kommen, mit denen die Frauen dort mehr zu Buche schlagen als die Männer. Im Jahr 2001 beliefen sich die Kosten für die Frauen auf 9,2 Milliarden. Die Autoren räumen nun mit der gängigen Meinung auf, die Frauen belasteten das Gesundheitssystem mehr, weil sie dauernd zum Arzt rennten:

- Rund 20 Prozent der Mehrkosten gehen auf die gynäkologischen Untersuchungen der Frau und auf Geburt und Kindbett



zurück. Die Kosten der Schwangerschaft müssten aber laut Meier nach dem Verursacherprinzip zur Hälfte den Männern verrechnet werden. Zudem sei die Gesellschaft darauf angewiesen, dass sich die Menschen vermehren.

- Unfair sei es auch, die Kosten für die Behandlung von Frauen, denen Gewalt angetan wurde, dem Opfer zu belasten. Denn die Täter seien in den allermeisten Fällen Männer. Die Gewalt gegen Frauen kostete laut Studie 134 Millionen Franken. Dabei sind die Kosten für Zahnarzt und psychologische Betreuung nicht berücksichtigt, die die Frauen aus der eigenen Tasche bezahlen.

- In den Mehrkosten der Grundversicherung sei zudem die Unfallversicherung eingeschlossen, auf die nicht berufstätige Frauen angewiesen sind. Bei den Unfall-, Alters-, Invaliden- und Militärversicherungen schlagen dagegen die Männer mit über einer Milliarde Franken mehr zu Buche, nicht zuletzt wegen ihres risikoreicheren Verhaltens.

- Gut die Hälfte der Mehrkosten, nämlich 1,6 Milliarden Franken, lassen sich schließlich durch die Längerlebigkeit der Frauen erklären. So findet sich der Kostengipfel gemäss dem Datenpool der Krankenversicherer bei den Männern in der Altersklasse der 66- bis 70-Jährigen, bei den Frauen zehn Jahre später. Und gemäss dem Zürcher Gesundheitsökonom Willy Oggier fallen in den letzten zwei Lebensjahren etwa 50 Prozent der gesamten Krankheitskosten an.

Wert der Verwandtenpflege: eine bis zwölf Milliarden Franken.

Gemäss den Autoren der Studie zeichnen die Zahlen von den Versicherungen ein verzerrtes Bild. Denn durch die unbezahlte Pflege ihrer meist früher gebrechlichen Männer helfen die Frauen die Gesundheitskosten der Männer zu senken. Der Wert der Verwandtenpflege in der Schweiz beträgt laut Meier je nach Schätzung mindestens 0,8 Milliarden Franken. Wenn die Frau auf Hilfe angewiesen ist, lebt ihr Mann meist nicht mehr sie muss professionelle Pflege beanspru-

chen. Von den Leuten, die mehr als zwei Stunden pro Tag informell Pflege leisten, sind laut Studie 77 Prozent Frauen.

«Gesundheitskosten und Versorgungsqualität dürfen nicht ausschließlich unter ökonomischen Aspekten betrachtet werden», schreibt BAG-Direktor Thomas Zeltner im Vorwort der Studie. Es müssten vielmehr auch Aspekte der Gerechtigkeit und Solidarität berücksichtigt werden. Einige Krankenkassen wollen dagegen nach Möglichkeit junge Männer mit niedrigeren Prämien anlocken.

«Die heutigen Kriterien zur Festlegung der Erwachsenenprämie sollten auf Grund der demografischen Entwicklung noch durch zusätzliche Altersklassen ergänzt werden», fordert etwa Christian Feldhausen, Sprecher der Groupe Mutuel für die Zukunft. Die grüne Nationalrätin Franziska Teuscher fordert dagegen die Einheitsprämie für Mann und Frau auch bei den Zusatzversicherungen. Der St. Galler SP-Nationalrat Jost Gross will an der SGK-Sitzung vom nächsten Mittwoch die geschlechterspezifischen Kostendifferenzen neu thematisieren.

*Copyright Tamedia AG  
sonntagszeitung.ch / Wirtschaft  
27.06.2004*

## **Rede für die Demo des 2. Österreichischen Sozialforums 4.6.2004 Linz**

*Claudia von Werlhof*

Wir haben die Projekte der Globalisierung nun lange genug analysiert und kritisiert. Wir haben uns in aller Welt getroffen, jahrelang. Jetzt muss eine neue Phase beginnen, eine des konsequenten Handelns. Denn eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist auch dringend nötig. Ja, sie kann nur geschaffen werden, wenn wir jetzt, genau jetzt damit beginnen - indem die Bewegung von einer "an sich" zu einer Bewegung "für sich" wird.

Paradoxerweise ist es ausgerechnet das GATS, das Dienstleistungsabkommen der WTO, das uns zeigt, wo es lang geht.

Denn das GATS ist die Lizenz für einen allgemeinen Privatisierungs- und das heißt Enteignungsplan gegen diesen Globus. Bei diesem Plünderungs-Projekt soll nichts ausgelassen werden: kein Fleckchen Erde, kein Tier, kein Baum, der Boden nicht, das Wasser nicht, das Wetter nicht, ja, die Luft unser Äußeres nicht und unser Inneres nicht, unsere Vergangenheit nicht und am wenigsten unsere Zukunft!

GATS will auf dem Globus mit allem, was da krecht und fleucht, endgültig das big business machen, das große, das letzte Geschäft der Konzerne.

Das bedeutet, dass nicht leben wird, wer kein Geld hat, und dass nicht leben wird, wer oder was in die Transformationsmaschine der Kapitalverwertung gerät. Die Verwandlung in Kapital ist nicht gut für das Leben. Es geht dabei drauf. Denn Kapital besteht aus vergangener, toter Arbeit, aus getötetem Leben.

Das ist zwar nicht neu, aber jetzt geht es ans Eingemachte, an die Grundlagen unserer Existenz selbst. Das Ergebnis wäre: die tatsächliche Liquidierung der Erde - im wahrsten Sinne des Wortes - ihre Verflüssigung zu Geld- und Kapitalströmen!

Fest steht: eine Globalisierung, die mit sichtbaren und unsichtbaren Kriegen wie dem GATS daher kommt, können wir nicht wollen. Wir müssen also etwas unternehmen, um diesen Prozess zu stoppen, ja, umzukehren.-. und zwar überall und auf allen Ebenen.

GATS ist die Aufforderung, es nicht nur nicht zuzulassen, sondern endlich auch mit dem Gegenteil, den Alternativen zu beginnen.

GATS zielt nämlich auf genau das, was wir brauchen, um eine andere Welt aufzubauen - die Erde und das Leben.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder die Erde wird privatisiert, oder wir bauen auf und mit ihr eine neue gemeinsame Welt, unsere "Gemeinheit", eine Art globale Allmende!

GATS hat daher ungewollt auch etwas Gutes. Es beseitigt auf radikale Weise

alle Unklarheiten darüber, worum es wirklich geht. Es zwingt uns nachgerade in die Alternative, denn mit GATS gibt es keine Alternative zur Alternative.

GATS lässt uns keine Wahl:

Ob wir wollen oder nicht,

- wir haben uns der Zerstörungsarbeit an der Erde und zur Kapitalverwertung zu verweigern
- wir haben stattdessen eine Aufbau- und Wiedergutmachungsarbeit zu organisieren und zu unternehmen
- wir haben die Privatisierung der Böden, Wälder, Gewässer und Landschaften zu verhindern
- wir haben sie stattdessen wieder in Besitz zu nehmen, uns im wahrsten Sinne des Wortes darauf zu setzen, damit ihnen nichts mehr geschehen kann
- wir haben sie zu pflegen, zu liebkosen und zu umarmen
- wir haben in aller Welt Bäume zu pflanzen massenweise
- wir haben durchzusetzen, dass man Motorsägen für das Bäume fällen verbietet!
- wir haben in unseren Gemeinden dafür zu sorgen:
  - dass die Korruption im Zusammenhang mit Privatisierungen aufgedeckt wird, dass cross-boarder-leasing-Geschäfte und public-private-partnership-Projekte zur Finanzierung von Privatisierungen mit unseren Steuergeldern sowie die Privatisierungsprojekte selbst weder beschlossen, noch vorbereitet, geschweige denn durchgeführt werden können
  - ja, wir haben auch dafür zu sorgen, dass die bereits durchgeführten Privatisierungen rückgängig gemacht werden!
  - wir haben insbesondere die Beschädigung der Wasserkreisläufe überall auf der Welt zu verhindern
  - wir haben dafür zu sorgen, dass nirgendwo mehr das geistige Eigentum der Völker gestohlen werden kann!
  - wir haben überall mit einer biologischen Landwirtschaft zu beginnen und Bauern und Farmer davon abzubringen, das Land weiterhin mit Monokulturen, Giften und Maschinen zu töten

- wir haben dafür zu sorgen, dass gen-modifizierte Arten nirgendwo mehr angebaut werden können, weder heimlich noch "un-heimlich"<sup>3</sup>

- wir haben Lebensmittel zu boykottieren, die genetisch verändert sind, und sei es nur im Milligrammbereich

- wir haben den Konsum von Waren zu unterlassen, die in freien Produktionszonen in "hausfrausierter" Sklaven- und Kinderarbeit hergestellt wurden

- wir haben ganz allgemein damit anzufangen, für unsere Lebensbedürfnisse selbst zu sorgen und um die dafür nötigen Produktionsmittel überhaupt erst einmal zu kämpfen anstatt sie den Konzernen zu überlassen!

- wir haben entsprechend auch dafür zu sorgen, dass die Bevölkerungen im Süden ihre Produktionsmittel ebenfalls für sich selber anstatt in nach wie vor kolonialer Manier für uns - nutzen können

- wir haben uns lokal und regional zu organisieren, wo auch immer wir leben, um damit zu beginnen, eine neue Wirtschaft, eine neue Lebensform und eine neue Kultur aufzubauen, in der wir untereinander und mit der äußeren Natur kooperieren: unser Leben kann nur egalitär, herrschaftsfrei, ausbeutungsfrei und ohne Unterdrückung organisiert sein.

Wir haben das Geschlechterverhältnis zu revolutionieren, Alte und Kinder nicht mehr zu vernachlässigen, Tiere und Pflanzen zu respektieren und uns endlich verantwortlich zu fühlen für das, was auf dieser Erde stattfindet!

- wir haben uns klarzumachen, dass wir, ob wir wollen oder nicht, an zwei Fronten stehen: an der einen müssen wir uns wehren, an der anderen eine neue Welt aufbauen

- insbesondere müssen wir endlich akzeptieren, dass wir ohne die lebendige Natur und ihre immensen Kräfte überhaupt nichts werden erreichen können. Im Gegenteil ohne sie werden wir sterben. Deshalb müssen wir jetzt anfangen und nicht erst dann, wenn auch der Kongo noch abgeholzt wurde, und der Klimawandel aus der Erde eine Salzwüste gemacht hat!

- die Zeit ist jetzt! Die Konzerne oder wir! Kapital oder Leib Geld oder Leben!

- viele von uns in der ganzen Welt, im Süden wie im Norden sind längst dabei, die andere Welt zu schaffen. Schließen wir uns ihnen an! Lernen wir von ihnen. Multiplizieren wir ihre und unsere Erfahrungen! Es reichen 10%, um den Wahnsinn zu kippen. Diese "kritische Masse"<sup>3</sup> könnten wir erreichen. Ja, es ist womöglich das einzige, was wir überhaupt erreichen können!

- dass andere bei der Globalisierung immer noch mitmachen, dass sie immer wieder Kompromisse schließen, dass sie sich besänftigen, dass sie sich spalten, dass sie sich kaufen lassen - das führt nirgendwo hin, es ist zum Scheitern verurteilt, es geht gerade nicht! Verschwenden wir also nicht unsere Kräfte an der falschen Stelle, sondern sehen wir uns um, und krepeln wir uns endlich die Ärmel hoch!

- genau davor, dass wir das kapierten, dass wir nicht ohnmächtig sind, davor haben die Konzerne und Regierungen Angst! Nicht wir brauchen Angst zu haben.

Sie sind es, die uns nichts mehr entgegensetzen haben. Sie sind es, die ihre Projekte des Krieges gegen Mensch und Natur nicht rechtfertigen können.

Sie sind es, die deshalb Abkommen wie das GATS oder die wahren neoliberal-totalitären und militaristischen, ja nuklearen Absichten hinter der EU-Verfassung verheimlichen müssen! Sie sind es, die Angst haben, dass wir sie durchschauen, dass wir vom Glauben an sie abfallen, und dass wir die Konsequenzen aus dem ziehen, was sie vorhaben! Die Wirtschaft und die Politik sind geistig und seelisch längst tot, und auch materiell stoßen sie inzwischen an ihre Grenzen die des Globus! Ihre Zeit ist vorbei.

- was tun? Diese Frage kann heute beantwortet werden. Denn: Wir haben einen Traum! Und deshalb müssen wir jetzt sofort aufwachen, um zusammen mit Millionen anderer Menschen auf diesem

Globus mit seiner Verwirklichung zu beginnen.

P.S.

Diese Rede war von den Frauen in der ASF-Vorbereitungsgruppe ausgehandelt worden und auf 10 Minuten angelegt. Beim Eintreffen auf der Demo war sie aus dem Programm gestrichen worden. Als die Frauen drohten, das Podium zu stürmen, wurde es mit "Sturmposten" in Gestalt starker Männer "geschützt".

Peter Sch. von der Chemiearbeiter-Gewerkschaft und der Moderator von der Katholischen Jugendbewegung "verhandelten" mit den Frauen. Es wurde 1 Satz als Rede genehmigt. Nach weiteren Protesten wurden 5 Minuten genehmigt. Mit Kürzungen und unter großem Stress gelang es, 2/3 der Rede zu halten. Dann versuchte der Moderator, der die ganze Zeit vor Wut zitterte, mit körperlicher Gewalt, der Rednerin das Mikrofon mitten im Satz zu entreißen.

Es wurde außerdem ausgestellt. Eine ÖGB-Frau stellte inzwischen Musik an und behauptete, man habe Interesse an einer friedlichen und demokratischen Organisation. Es gab ein minutenlanges Gerangel am Podium. Das Publikum, die Demo-Teilnehmerinnen, johlten, piffen und protestierten. Sie wollten, dass die Rede weiter gehalten wurde. Am Ende wurde 1 Schlusssatz genehmigt. Er lautete:

"Wenn das hier ein Sozialforum sein soll, dann hat es keine Zukunft! Das Publikum klatschte, die Frauen und andere Teilnehmer verließen die Demonstration. Der ORF hat alles gefilmt.

Heute, am Tag danach, frage ich mich, ob ich nicht vielleicht irrtümlich in eine Veranstaltung von Rechtsextremisten oder Konzernchefs geraten bin. Sind wir schon wieder bei Saalschlachten und mit Gewalt durchgesetzter Zensur?

Und das noch dazu auf einem Sozialforum? Wer manipuliert und missbraucht hier die globalisierungskritische Bewegung in Österreich für welche Interessen?

Und wieso erlaubt es sich ein junger Mann, einer weißhaarigen älteren Frau mit Gewalt zu Leibe zu rücken?

*Wolfgang Fischer, München*

## **Netzwerke/ Resolutionen**

### **Wolfsmutter.com vorort - die Erste**

*PRESSEMITTEILUNG vom 21.06.2004*

Unter dem Motto „Feministisch Handeln“ lädt das Frauen-Portal am 2. Oktober 2004 zu einem frauenvernetzenden Ereignis ins FZ Wien.

Die Internetplattform verlässt für einen Tag die weiten des Cyberspace und bietet Frauen - ganz nach virtuellem Vorbild - die Möglichkeit sich bekannt zu machen, zu informieren, zu vernetzen, auszutauschen und zu feiern.

Fachfrauen und Frauenprojekte werden entweder mit Info-/Verkaufstischen, Vorträgen, Workshops oder kulturellen Darbietungen auf sich aufmerksam machen, Besucherinnen können schauen, fragen, schmökern oder teilnehmen und am Abend wird gemeinsam gefeiert. Alles exklusiv für Frauen.

Ein Blick auf das gerade überarbeitete Online-FrauenBranchenbuch

(<http://fachfrauen.wolfsmutter.com>) genügt um sich die Vielfalt der Anbieterinnen vorstellen zu können. Von feministischen Non Profit Frauen- und Lesbenprojekten, über Psychotherapeutinnen bis hin zu Büchern und handgefertigter Naturkosmetik darf alles erwartet werden.

„Die Hälfte der Welt, die Hälfte vom Geld!“ - ist ein Grundgedanke der dahinter steht, „bevorzugt bei Frauen einzukaufen, wenn der Preis und die Qualität stimmen, um Kaufkraft und Entscheidungsmacht gemeinsam zu verlagern“ ein weiterer.

„Angesichts der stark steigenden Sterberate von Frauenprojekten und -firmen, wird es immer wichtiger für Frauen, sich über materielle Unabhängigkeit Gedanken zu machen und miteinander alternati-

ve Formen der Lebenserhaltung auszu- probieren“, meinen die Organisatorinnen Daniela Mackowiak und Patricia Wendling. „Einerseits verlieren sich engagierte Frauen immer mehr in selbstausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, andererseits verfügen Männer offenbar um soviel unvorstellbar mehr Geld, dass Kriege, Frauenhandel und neue Großkonzerne locker finanziert werden können. Und diesen Spagat wollen wir thematisieren und nebenbei Frauenkultur sichtbarer machen.“

Was virtuell nun schon seit letztem Jahr läuft und durch ständige Erweiterungen Frauenherzen erfreut, wird also jetzt erstmals auch real probiert - dafür wurde ein autonomer feministischer FrauenLesbenort ausgewählt, in Wien - dem Sitz von Wolfsmutter.com.

*Bei einer vorhandenen Branchenbucheinschaltung oder für Non Profit Frauenprojekte ist die Teilnahme kostenlos.*

Nähere Infos:

<http://wolfsmutter.com>

Oder

Patricia Wendling,

email:

[patricia.wendling@wolfsmutter.com](mailto:patricia.wendling@wolfsmutter.com),

mobil: +43-699-100 39 180

## **AURAT- pakistanische Frauenstiftung**

„<http://www.brain.net.pk/%7Eapisf/grass.html> **Aurat Publication and Information Service Foundation (APISF)** is a civil society organisation committed to women's empowerment in society.

The Foundation sees this empowerment in the context of women's participation in governance at all levels, which requires increasing their knowledge, their share in resources and their role in management of institutions.

The enabling environment for enhancing this shift towards women's effective role in governance is a political and social framework that facilitates a more active

role for citizens in the affairs of the country.

Therefore the Foundation also works with civil society organisations to undertake advocacy and action on areas of concern for women as well as for a larger enabling environment for citizens' participation in governance.

Aurat Foundation is a national level non-governmental organisation (NGO). Established in Pakistan in 1986, it is registered as a non-profit society under the Societies Registration Act, 1860. With headquarters in Lahore, and five regional offices in the federal and the provincial capitals, the organisation has an outreach extending to 97 of Pakistan's 116 districts.

The Foundation has come to be recognised nationally and internationally as a major institution for women's development in the country. Over the last 12 years the Foundation has also emerged as a major support organisation for civil society organisations working for social change at the community level.

A mutually collaborative relationship has been developed with various departments and organs of the Government of Pakistan. The Foundation is doing advocacy with them at the policy making and implementation levels to reflect women's concerns in policies and to create linkages for implementation for women at the grass roots levels.”

[www.brain.net.pk/~apisf/main.html](http://www.brain.net.pk/~apisf/main.html)

## **Kampagnen&Aktionen**

### **HINSEHEN & HANDELN: Gewalt gegen Frauen verhindern Kampagne von amnesty international**

Jedes Jahr erleiden weltweit Millionen von Frauen und Mädchen Gewalt. Die Täter, ob aus dem staatlichen, gesellschaftlichen oder familiären Umfeld, gehen allzu oft straffrei aus. Beteiligen Sie sich an der Kampagne von amnesty international **HINSEHEN & HANDELN:**

Gewalt gegen Frauen verhindern. Wenden Sie sich an den deutschen Außenminister und fordern Sie ihn auf, sich für einen besseren Schutz von Frauen in Afghanistan einzusetzen.

**MUSTERBRIEF** Joschka Fischer Bundesaußenminister Auswärtiges Amt 11013 Berlin Sehr geehrter Herr Minister Fischer, Deutschland ist eines der größten Geberländer für den Wiederaufbau in Afghanistan. Die Bundesregierung hat somit einen enormen Einfluss auf die gegenwärtige Entwicklung des Landes. Ich fordere Sie daher auf sicherzustellen, dass bei der Reform des Justizwesens Bestimmungen zum Schutz der Rechte von Frauen verbindlich verankert werden. Es müssen umgehend Maßnahmen zum Schutz von Frauen eingeleitet und dafür gesorgt werden, dass Fälle von Gewalt untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gebracht werden. Insbesondere traditionelle Praktiken wie Zwangsheirat und die Heirat von Minderjährigen müssen sofort beendet und als Straftatbestände festgeschrieben werden. Wenn Frauen Opfer von Gewalt werden, müssen sie Schutz erhalten. Zufluchtsorte wie Frauenhäuser und die Möglichkeit zur Rechtshilfe müssen geschaffen und ausgebaut werden. In der Polizeiausbildung muss ein besonderes Gewicht auf die Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und den Umgang mit Opfern von Gewalt gelegt werden. Die Friedenstruppe International Security Assistance Force (ISAF) sollte ein spezifisches Mandat bekommen, um Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen.

## **NACHRICHTEN**

### **Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung als Flüchtlinge anerkannt**

#### **Einigung erreicht**

Die Opfer geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung werden künftig auch von deutschen Behörden als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt. SPD und die Unions-

parteien haben sich am 17. Juni 2004 über die Detailfragen des Zuwanderungsgesetzes geeinigt. Der Bund wird 215 bis 235 Millionen Euro im Jahr für etwa 50.000 Integrationskurse übernehmen. „Das ist der Einstieg in eine systematische Integrationspolitik“, sagte Innenminister Otto Schily. Sollten die vorgehaltenen Plätze in den Kursen nicht von NeuzuwanderInnen belegt werden, können auch die schon in Deutschland lebenden AusländerInnen zur Teilnahme verpflichtet werden, wenn die Ausländerbehörde dies für nötig hält. Die Grünen bleiben skeptisch.

Die Regelung sei mit den Grünen, die an den Verhandlungen nicht beteiligt waren, abgestimmt, so Schily. Reinhard Büttkofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen, hatte angekündigt, dass der Gesetzestext nach den Beratungen durch den „Grünen-TÜV“ müsse. Am 17. Juni empfahl die Grünen-Führung ihrer Partei, den Kompromiss zu billigen. Mehrere Landesverbände hatten sich die Einberufung eines kleinen Parteitages vorbehalten. Während Schily keine Konflikte mit dem Koalitionspartner erwartet, will der Fraktionsvize der Grünen im Bundestag, Christian Ströbele "den Gesetzestext gründlich prüfen" lassen, um entscheiden zu können. Auch die Skepsis der grünen Basis bleibt erhalten: Die Berliner Grünen erwägen einen Sonderparteitag. Der nordrhein-westfälische Landesverband will am Freitag über einen möglichen Sonderländerrat entscheiden. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU), der neben Schily und dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) maßgeblich an dem Kompromiss beteiligt war, empfahl seiner Partei den Text mitzutragen. Der Gesetzesentwurf trage „deutlich die Handschrift der Union“, so Müller. Auch CSU und FDP zeigten sich mit der Einigung zufrieden. Nichtstaatliche Verfolgung. Ob die Anerkennung des Asylgrundes der nichtstaatlichen Verfolgung greifbare Verbesserungen der Betroffenen bewirkt, bleibt zweifelhaft. Der Bericht der Unabhängigen

Kommission Zuwanderung stellt dazu fest:

"Die Einbeziehung von nichtstaatlicher Verfolgung in den Verfolgungsbegriff der Genfer Konvention führt nicht notwendigerweise zu einer "großzügigeren" Anerkennungspraxis, da diese auch durch andere Faktoren - wie etwa die Beurteilung der tatsächlichen Lage im Herkunftsland - beeinflusst wird. Jedenfalls gibt es in jenen Staaten, die auch bei nichtstaatlicher Verfolgung eine Anerkennung gewähren, bei einer Reihe von einschlägigen Herkunftsländern (z.B. Irak, Somalia) keine höhere Anerkennungsquote als in Deutschland."

### **Situation der Opfer sexualisierter Gewalt verbessert - Schamgefühl der Frauen bleibt.**

Bei der geschlechtsspezifischen Verfolgung bejaht die Unabhängige Kommission einhellig "die Schutzbedürftigkeit von Frauen, die ihres Geschlechts wegen verfolgt werden". Dass die Einführung dieses Asylgrundes oft nichts an der Scham der Frauen ändert, Genitalverstümmelungen oder Vergewaltigungen als Fluchtgrund vorzutragen, beleuchtet der *zwd* in einem Hintergrundartikel in FUP 207. (17.06.2004) © 2001,

*zwd-online*

### **Nur fünf Prozent der Väter nehmen Elternzeit**

**Erste Bilanz in Berlin vorgelegt**  
**Berlin (kri)** – Statistisch gesehen machen immer mehr Väter von der Möglichkeit Gebrauch, Elternzeit zu nehmen und dabei einer Teilzeit-Beschäftigung nachzugehen. Dieses Fazit ist im ersten Bericht zur Elternzeit gezogen worden. Am 16. Juni 2004 hat Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) in Berlin die Ergebnisse vorgestellt. Die seit 1. Januar 2001 bestehende Möglichkeit, während der Elternzeit bis zu 30 Stunden Teilzeit zu arbeiten, wurde laut Bericht des Forschungsinstituts empirica ag von beiden Elternteilen als sehr positiv bewertet. Seit dieser Neuregelung des Bundeserziehungsgeldgesetzes habe sich der Anteil

der Väter unter den Elternzeitlern von rund 1,5 Prozent auf fünf Prozent erhöht, heißt es in dem Bericht. Die gleichzeitige Teilzeitarbeit von Vater und Mutter werde öfter gewünscht (11,3 Prozent) als tatsächlich ausgeübt (0,8 Prozent). Bei über einem Drittel der befragten Eltern, die während der ersten beiden Lebensjahre des Kindes Elternzeit genommen hatten, arbeiteten laut Bericht entweder Vater oder Mutter Teilzeit.

### **Recht auf Teilzeit macht Elternzeit für Väter interessanter**

Rund 58 Prozent der befragten Väter in Elternzeit wurden durch den Rechtsanspruch auf Teilzeit dazu bewegt, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um sich ihren Kindern widmen zu können. „Aber die Väter an den Wickeltischen sind leider immer noch die Ausnahme“, bedauerte Schmidt. Väter nähmen die Elternzeit oft nicht in Anspruch weil ihr Verdienst zu Hause gebraucht werde oder sie berufliche Nachteile befürchteten, so die Bundesministerin. Aufgeschlossenerer Unternehmer wüssten allerdings heute schon, dass qualifizierter Nachwuchs knapp werde und Eltern daher umworben werden müssten, betonte der Aufsichtsratsvorsitzende der empirica ag, Ulrich Pfeiffer, bei der Vorstellung der Bilanz in Berlin.

Die empirica ag hatte 2003 im Auftrag des Bundesfamilienministeriums etwa 2300 Eltern befragt und 50 ausgewählte Unternehmen zu Wort kommen lassen. Dabei wurde untersucht, wie die neuen Eltern- und Teilzeitmöglichkeiten von den Betroffenen angenommen worden sind und ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dadurch verbessert wird. Der Bericht zur Elternzeit geht auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages zurück. (16.06.2004) © 2001,

*zwd-online*

*Alle Rechte vorbehalten*

*Vervielfältigung nur mit Genehmigung der ZWD Medien GmbH*

**Frauenmagazine:  
Frida oder Gabriele?**

Frankfurt/M. 2004-06-18; Volljährige Frauen sollten sich für die gängigen Frauenzeitschriften meistens schämen, schreibt Gabriele Bärtels in ihrer E-Mail. Sie ist die Autorin der neuen Frida. Frida möchte ein Magazin für Walküren, Fräuleins, Blaustrümpfe, Mamsells und Muttis sein und ohne das Internet würde es Frida nicht geben.

Ohne viel Aufwand, ohne Geld, einfach die eigenen Sachen online stellen und gucken, was passiert, das ist das Internet. Differenzierte Interessen, jenseits des Mainstreams verfolgen, neue innovative Projekte ins Leben rufen, auch das ist das Internet. Ein publizistisches Paradies?

Das große ABER ist mittlerweile bekannt und die Tatsache, das uns all dies auch etwas kostet: Denn wenige halten die Pflege und Betreuung dieser vor-kommerziellen Magazine über einen längeren Zeitraum hinweg durch. Mal sehen, was mit Frida passiert, das unlängst online gegangen ist und - wie soll es anders sein - noch Unterstützung braucht. „Das große Feld ihres realen Erlebens“, bliebe in den Printmedien mehrheitlich unbeackert und diese Lücke möchte Bärtels mit den eigenen Beiträgen aus den letzten Jahren ein wenig schließen. Als freie Autorin/Journalistin hat sie zuvor für Frauenmagazine wie Brigitte, Marie-claire, Elle, Cosmopolitan, Petra und Amica geschrieben. Ich finde in der aktuellen Ausgabe ca. 30 Beiträge. Viele davon sind sehr nachdenklich und ohne falsche Scham. Authentisch, „ganz nah“, auf der Suche nach einer echten Alternative zur Idealbild-Darstellung der großen Frauenzeitschriften. Sie handeln unverkennbar von einer ganz „normalen“ Frauen: „Es ist wahr. Ich bin eine große, kräftige Frau mit lauter Stimme, mein üppiger Busen ist mein ganzer Stolz. Jetzt war ich aus der Mode und in diesen Klamotten ein Gespött. Keine Frage. Ich musste zu Hause bleiben. Ich zog die Gardinen zu, schloss die Tür ab und schämte mich.“

Frida Magazin unter: [www.frida-magazin.de](http://www.frida-magazin.de)

(wt-bp)

## **Papst verteufelt Feminismus**

30.07.04

Auf 37 Seiten hat Johannes Paul II. offenbar der Frauenbewegung vorgeworfen, die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau abzuschaffen.

Zudem appelliere er Papst in dem Schreiben an die Regierungen, Bedingungen zu schaffen, in denen Frauen ihre Pflichten in der Familie nicht vernachlässigen müssen, wenn sie einem Job nachgehen, berichtete die Bild-Zeitung am Freitag.

Der „Brief über die Zusammenarbeit von Mann und Frau in der Weltkirche“, der von der Glaubenskongregation unter dem deutschen Kardinal Josef Ratzinger verfasst wurde, geht demnach auch auf das Thema Homosexualität ein. In einem Kapitel werde daran erinnert, dass Gott „eine christliche Ehe“ gewollt habe, eine Ehe zwischen einem Mann und einer Frau, die sich ergänzen wollen, so das Blatt. Das Papst-Papier solle am Samstag offiziell veröffentlicht werden.

Anmerkung: Der gute Mann sollte sich mal lieber um die Kindesmisshandler in seinem Verein kümmern, statt große Töne gegenüber Lebewesen zu spucken, von denen er nichts wissen darf; also auch nichts wissen kann... Gruß! MG

Quelle:

<http://focus.msn.de/hps/fof/newsausgabe/newsausgabe.htm?id=4991&camp=nlh20040730>

## **2. Etappe der BVG-Revision: Verordnungsänderungen und Vereinheitlichung des Frauenrentenalters**

(ots) - Der Bundesrat hat die Verordnungsänderungen zur Inkraftsetzung der 2. Etappe der 1. BVG-Revision verabschiedet und das Frauenrentenalter in der beruflichen Vorsorge und der AHV aufeinander abgestimmt. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2005 zeitgleich mit der zweiten Etappe der BVG-Revision in Kraft.



Wichtigste Verordnungsbestimmungen bezüglich der BVG-Revision Verfahren bei Teil- oder Gesamliquidation einer Pensionskasse Der Bundesrat hat die Grundsätze festgelegt, die eine Vorsorgeeinrichtung bei einer Liquidation zu berücksichtigen hat. Er hat insbesondere bestimmt, wie die Reserven zu verteilen sind. Umwandlungssatz (siehe Kasten)

Um der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen, sieht die 1. BVG-Revision vor, den Umwandlungssatz für Frauen und Männer in den nächsten 10 Jahren schrittweise von 7,2 auf 6,8 Prozent zu senken. In der BVV2 (Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) hat der Bundesrat nun die Abstufung dieser Senkung geregelt. Grundsatz der Loyalität in der Vermögensverwaltung Die Verordnung regelt die Grundsätze, welche die Vermögensverwalter der Vorsorgeeinrichtung bei der Vermögensanlage und -verwaltung zu beachten haben. Untersagt sind insbesondere Eigengeschäfte, die missbräuchlich sind, bzw. die auf einen Informationsvorsprung oder einen Vorteil bei der Anlagetätigkeit zurückzuführen sind. Einheitliches Rentenalter für Frauen Bis anhin war die Koordination des Frauenrentenalters zwischen der 1. und der 2. Säule durch das dringliche, vom Parlament im Jahr 2001 verabschiedete Gesetz zur Weiterversicherung von erwerbstätigen Frauen in der beruflichen Vorsorge gewährleistet. Dieses ist jedoch ~~Die zu vereinheitlichen von Ende 2004~~  
~~geändert.~~ in der 1. und 2. Säule erforderlichen Anpassungen waren im Rahmen der 11. AHV-Revision geregelt, die nun nicht wie vorgesehen in Kraft tritt. Der Bundesrat hat daher im Rahmen der Verordnungsänderungen das ordentliche Rentenalter für Frauen in der zweiten Säule ab 2005 bei 64 Jahren festgesetzt. Umwandlungssatz Die Altersrente wird anhand des Umwandlungssatzes berechnet. Dieser stellt auf versicherungstechnische Grundlagen ab. Die Höhe der jährlichen Rente ergibt sich durch Multiplikation des Umwandlungssatzes mit

dem bei Rentenanstieg angesparten Altersguthaben. BVG-Revision in drei Paketen Im März 2004 hat der Bundesrat beschlossen, die 1. BVG-Revision in drei Etappen in Kraft zu setzen. Das 1. Paket betraf die Transparenz, die paritätische Verwaltung sowie die Auflösung von Anschlussverträgen und ist auf den 1. April 2004 in Kraft getreten. Das 2. Paket, welches alle anderen Bestimmungen der 1. BVG-Revision mit Ausnahme derjenigen über den Begriff der beruflichen Vorsorge und den Einkauf (3. Paket) enthält, tritt auf den 1. Januar 2005 in Kraft. Das Inkrafttreten der 3. Etappe ist auf den 1. Januar 2006 vorgesehen.

EIDG. DEPARTEMENT DES INNERN  
Presse- und Informationsdienst

## Literatur

### Young and ... rainbow woman

*Irene Müller*

Zur Lebenssituation jugendlicher lesbischer und bisexueller Frauen in der deutschsprachigen Schweiz

Die empirische Untersuchung befasst sich mit der Lebenssituation junger lesbischer und bisexueller Frauen in der deutschsprachigen Schweiz im Alter von 15 bis 21 Jahren.

Mittels qualitativer Interviews wurde erstmals für die deutschsprachige Schweiz explorativ die Lebenssituation junger frauenliebender Frauen erforscht und ihre Stärken, Ressourcen und Unterschiede sichtbar gemacht. Um die Breite der Erfahrungen aufzuzeigen, wurde in der Fragestellung nebst Aspekten des Coming Outs und des Erlebens von Liebe und Sexualität auch die allgemeine Lebenssituation angesprochen.

Die Ergebnisse zeigen, dass junge frauenliebende Frauen in ihrer Lebenssituation sehr unterschiedliche Erfahrungen machen. Sie erleben zwar subtile bis massive Diskriminierungen und Einschränkungen, bewältigen die Herausforderungen ihres Coming Outs dabei aber meist aktiv und greifen auf bestehende

Unterstützungssysteme zurück. Den Beziehungsalltag in ihren Partnerinnen-schaften gestalten sie kreativ. In ihrer sonstigen Lebenssituation unterscheiden sie sich kaum von gleichaltrigen jungen Frauen.

Viele Eltern, LehrerInnen, Peers, JugendarbeiterInnen und BeraterInnen sind bei der ersten Konfrontation mit les-BiSchwulen Lebensweisen Jugendlicher überfordert, da sie sich in Aus- und Weiterbildungen kein entsprechendes Wissen aneignen konnten und im Alltag wenig direkte Erfahrungen mit jungen frauenliebende Frauen machen. Deshalb sollten die vielfältigen Erfahrungen junger frauenliebender Frauen in Zukunft breiter zugänglich gemacht und weiter erforscht werden. Zudem sollten alle Menschen, die Jugendliche begleiten, durch entsprechende Unterstützung, Aus- und Weiterbildung dazu befähigt werden, auch das Thema lesBiSchwule Lebensweisen kompetent anzugehen.

Die vorliegende Arbeit ist ein erster Schritt dazu: Die Autorin vermittelt Hintergrundwissen aus dem deutschsprachigen und angloamerikanischen Raum und beschreibt die Lebenssituation junger lesbischer und bisexueller Frauen in der deutschsprachigen Schweiz konkret. Zudem gibt sie Anregungen und zeigt Handlungsspielräume auf für die Beratung und Begleitung von jungen frauenliebenden Frauen, ihren Eltern, LehrerInnen und Peers.

*Online-Bestellung: [www.soziothek.ch](http://www.soziothek.ch)*

### **Vernetzte Frauen Netzwerke als Beitrag zur beruflichen Förderung von Frauen**

*Antje Goy*

Seit Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts sprießen sie wie Pilze aus dem Boden - berufliche Netzwerke von und für Frauen. Mehrere hundert solcher Netzwerke existieren in Deutschland.

Bisher wurde diesen Netzwerken wenig wissenschaftliches Interesse zuteil. Durch ihre Selbstorganisation und geringe institutionelle

Bindung befinden sie sich in einer Grauzone zwischen Frauenförderung und Frauenbildung. Bei allem unterschiedlichen Profil haben die Netzwerke eines gemeinsam: Sie wollen die berufliche Situation von Frauen in

Gesellschaft und Arbeitswelt verbessern und die Entwicklung von Kompetenzen der Netzwerkfrauen durch den Austausch von Informationen, Erfahrungen und Kontakten unterstützen.

In der vorliegenden Untersuchung soll überprüft werden, ob berufliche Frauennetzwerke das erbringen, was sie sich zum Ziel gesetzt haben. Dazu wurden zahlreiche Frauen zweier Netzwerke befragt. Wie sehen die Kontakte und Beziehungen aus, durch die sich diese Netzwerke strukturieren und funktionieren? Wie gestaltet sich in flexiblen Organisations- und Arbeitsformen das konkrete Miteinander? Gelingt es Frauen in diesen Netzwerkformen, eine nachhaltige berufliche Förderung zu erzeugen? Können von solchen Netzwerken produktive Impulse für Frauenförderung und Frauenbildung ausgehen? Welche Kooperationen und Projekte sind denkbar?

Autorin: Antje Goy

Titel: Vernetzte Frauen - Netzwerke als Beitrag zur beruflichen

Förderung von Frauen

ISBN: 3-89983-250-7

Verlag: Verlag Soziale Theorie & Praxis GmbH

### **"Häusliche Gewalt erkennen und reagieren!"**

*Bundesministerin Renate Schmidt stellt Praxishandbuch für Fachpersonal im Gesundheitsbereich vor*

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat heute auf einer bundesweiten Fachtagung in Berlin das Praxishandbuch "Häusliche Gewalt gegen Frauen und gesundheitliche Versorgung" vorgestellt, das ein Ergebnis der vom Bundesministerium geförderten wissenschaftlichen Begleitung des Interventionsprojektes S.I.G.N.A.L. gegen Gewalt an Frauen ist.

Die Ergebnisse des Projektes sollen mit Hilfe des Praxishandbuches Fachpersonal in Kliniken zu Gute kommen.

Im Rahmen des S.I.G.N.A.L.-Projektes wurden Ärzte und Ärztinnen sowie Pflegekräfte darin geschult, gewaltbedingte Verletzungen und Beschwerden zu erkennen, Verletzungen möglichst gerichtsverwertbar zu dokumentieren, Gefährdungssituationen zu klären und betroffene Frauen anzusprechen und über bestehende Hilfsangebote zu informieren.

"Frauen, die von Gewalterfahrungen betroffen sind, fällt es in der Regel nicht leicht, sich gegenüber einer dritten Person zu öffnen - obwohl sie fachkundige Hilfe brauchen", sagte Bundesministerin Renate Schmidt. "Deshalb ist es wichtig, das Fachpersonal so zu schulen, dass es häusliche Gewalt erkennt und darauf reagiert, damit betroffene Frauen eine optimale medizinische und psychosoziale Versorgung erhalten. Mit dem Praxishandbuch des S.I.G.N.A.L.-Projektes wollen wir dem Fachpersonal eine praktische Hilfe mit auf den Weg geben, um den Umgang und die gesundheitliche Versorgung von betroffenen Frauen wirksam zu verbessern."

Das Handbuch soll Orientierungshilfen für die Einführung von Interventionsprojekten in der gesundheitlichen Versorgung bieten und richtet sich in erster Linie an Erste-Hilfe-Stationen in Krankenhäusern und Ambulanzen.

Zeitgleich zu dem Praxishandbuch wird der wissenschaftliche Begleitbericht des Projektes veröffentlicht, der die zentralen Ergebnisse aus der Evaluation der Schulungen von Pflegekräften sowie Ärztinnen und Ärzten sowie Daten aus einer Patientinnenbefragung enthält. Danach waren rund 36 Prozent der Befragten, die wegen Gewaltanwendungen in ärztlicher Behandlung waren, nach dem 16. Lebensjahr mindestens einer häuslichen Gewaltanwendung ausgesetzt, 57 Prozent dieser Personengruppe erlitten gesundheitliche Beeinträchtigungen. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO ist häusliche Gewalt gegen Frauen

einer der relevanten Risikofaktoren für die Gesundheit von Frauen. Dabei dominieren bei den körperlichen Verletzungen Hämatome und Prellungen, Frakturen und Stich-, Schuss- oder Brandverletzungen. Bei den psychischen Folgen überwiegen Angst, Panikattacken und Depressionen.

Weitere Informationen zum Thema Gewalt gegen Frauen finden Sie auf unserer Homepage und unter [www.bkfrauengesundheit.de](http://www.bkfrauengesundheit.de). Auch das Handbuch sowie der wissenschaftliche Bericht ist im Internet abrufbar oder kann bei der Broschürenstelle (Tel.: 0180-53 29 329) des Bundesministeriums kostenlos bestellt werden.

[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

## TERMINE

### Einladung zur Film Premiere

#### „Gesellschaft in Balance“

Dokumentation des Weltkongresses für Matriarchatsforschung vom 05. bis 07. September 2003 in Luxemburg. Ein Film von Uschi Madeisky und Gudrun Frank-Wissmann.

Ort: Frankfurt am Main, Saalbau Bornheim, Arnsbergerstr. 24

Zeit: am 04. Sept. um 15.00 Uhr

Ab 18.00 Uhr Podiumsdiskussion mit Referentinnen zu Themen aus der Matriarchatsforschung.

Eintritt: 15 €

Weiteres unter

*Internationale Akademie Hagia e.V.*

Weghof 2, 94577 Winzer

T. 08545-1245

Email: [AdademieHagia@aol.com](mailto:AdademieHagia@aol.com)

### Feministische Widerstandstage für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben

gegen Gewalt gegen Frauen,  
gegen Rassismus und Sozialabbau  
vom 09.-12. September 2004 in Berlin.

Wir wollen

- die politische und gesellschaftliche Dimension von Gewalt gegen

Frauen und Mädchen und Gewalt gegen Transgender wieder verstärkt in öffentliche Bewusstseins rücken

- den menschenverachtenden rassistischen Normalzustand zum Thema machen und durchbrechen
- zusammen diskutieren, Aktionen machen, lachen, kämpfen und Perspektiven entwickeln

Die feministischen Widerstandstage werden von unterschiedlichen Feministinnen und feministischen Gruppen überregional organisiert. In Form von vielfältigen Aktionen wollen wir unseren Zorn und unsere Wut ausdrücken.

Eingeladen sind alle Frauen, Mädchen, Lesben, Transgender, mit oder ohne Behinderung, die gemeinsam Verknüpfungen setzen wollen, wo sie sonst nicht sichtbar sind und sich entgegen der Vereinzelung gemeinsam organisieren.

*Kontakt und weitere Infos:*

*www.feministischewiderstandstage.de*  
*ffftwiderstand@linkeseite.zzn.com*

### **Interkulturelle Kompetenz in der Arbeit mit lesbischen und bisexuellen Mädchen und jg. Frauen**

Ein praktisches Training

So, 12.09. bis Di, 14.09.2004 in Frankfurt a.M.

Eine Fachveranstaltung der BAG Mädchenpolitik e. V. in Kooperation mit der Lesben Informations- und Beratungsstelle (LIBS) e. V. in Frankfurt am Main und dem bundesweiten Netzwerk lesbische Pädagoginnen in der feministischen Mädchenarbeit

Hintergrund und Inhalt: Immer häufiger nehmen lesbische und bisexuelle Mädchen und junge Frauen mit Migrationserfahrungen an den Angeboten für Junglesbengruppen teil. Daraus ergibt sich manchmal eine besondere Dynamik. Zum einen wird von der Gruppenleiterin eine besondere Sensibilität erwartet, die der psychosozialen Situation der Teilnehmerinnen mit Migrationserfahrungen gerecht werden soll. Gleichzeitig fehlt ihr sehr oft die Erfahrung im Umgang mit Teilnehmerinnen unterschiedlicher Kulturen. Das

Seminar setzt an diesen speziellen Bedingungen an, um die Rolle der Leiterin und die Dynamik in Junglesbengruppen genauer zu analysieren. Weiterhin geht es um grundlegende didaktisch-pädagogische Fragen:

- Sich als Leiterin angemessen zu verhalten und zu handeln
- Sich selber auf interkulturelle Lernprozesse einzulassen
- Interkulturelle Lernprozesse zwischen anderen Personen anzustoßen und zu begleiten

Ziel der Fachveranstaltung ist es, die Klärung des persönlichen Standortes der Pädagoginnen sowie die Entwicklung von Gestaltungsoptionen, um den Interessen und Bedürfnissen junger Lesben mit Migrationserfahrung gerecht zu werden.

*Kontakt: Elke Kress, c/o LIBS e. V.*

*Alte Gasse 38, 60385 Frankfurt am Main*  
*T. 069-21 99 97 31*

*Email: info@libs.w4w.net*

### **Gewalt im Leben von Frauen und Männern-**

**Forschungszugänge, Prävalenz, Folgen, Intervention.**

Europäischer Kongress am 23. September in Osnabrück Stadthalle - Kongress-Saal

mit Vorträgen von:

-Prof. Dr. Carol Hagemann-White, Universität Osnabrück, Koordinatorin des Forschungsnetzwerkes CAHRV zu „Brückenschläge zwischen den Geschlechtern und den Generationen in einer gespaltenen Gewaltdiskussion“

-Prof. Dr. Ursula Müller, Dr. Monika Schröttle, Interdisziplinäres Frauenforschungszentrum der Universität Bielefeld. Diskussion zu „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ Ergebnisse der ersten bundesweiten Prävalenzstudie zu Gewalt gegen Frauen.

-Prof. Dr. Barbara Kavemann u. a. „Von regionalen Innovationen zu Maßstäben guter Praxis?“ Evaluation der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt in Deutschland

-Prof. Myra Marx Ferree, European Union Center and Center for German and European Studies, Universität of Wisconsin, Madison

-sowie Statements aus Politik, Wissenschaft und Praxis mit Frau Christel Riemann-Hanewinkel (Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Prof. Sylvia Walby (Universität of Leeds), Prof. Liz Kelly (London Metropolitan University), Prof. Dr. Helmut Kury (Universität Freiburg i. Br.) Eva-Maria Bordt (Frauenhauskoordination e.V.)

Deutschsprachig mit engl. Simultandübersetzung.

An den beiden folgenden Tagen (24./25.09.) findet die Eröffnungskonferenz des europäischen Kooperationsprojekts „Coordination Action on Human Rights Violations“ CAHRV statt.

Seit dem 01. Mai 2004 wird diese breit angelegte Forschungskoooperation in 6. Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert. CAHRV will Forschung zu allen Formen der interpersonalen Gewalt im Verhältnis zwischen den Geschlechtern mit einem integrativen Ansatz zusammenführen und die Bereiche Prävalenz und Folgen für Opfer, Ursachen für Täterschaft, Interventionsstrategien und deren Evaluation sowie zukunftsorientierte ~~Präventionsmaßnahmen~~ **Präventionsmaßnahmen** miteinander verbinden.

Universität Osnabrück, Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften

CAHRV

Sabine Bohne, Kolpingstr. 7, 49069 Osnabrück, Fax. ++49-541-969 4561

Kongress.Gewalt@uni-osnabrueck.de

[http://www.cahrv.uni-](http://www.cahrv.uni-osnabrueck.de/kongress)

[osnabrueck.de/kongress](http://www.cahrv.uni-osnabrueck.de/kongress)

### Fachtagung (Über)Leben

1. Oktober 2004 von 9.30-17.00 Uhr in Erlangen

Fachtagung vom Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V. Erlangen mit der VHS, für Fachkräfte aus der psychosozialen Versorgung.

In den letzten Jahren gab es einige positive Veränderungen für Frauen und Mädchen mit Gewalterfahrungen. Rechte der Opfer wurden gestärkt und das Thema Traumatisierung rückte langsam in den Blick der psychosozialen Arbeit. Oftmals werden aber bestehende Ansätze bestimmten Frauen nicht gerecht und es bleiben Fragen auf rechtlicher, psychosozialer und gesellschaftlicher Ebene offen. Auf dieser Tagung soll der Blick auf gesellschaftliche Prozesse und neuere Konzepte in der Arbeit mit traumatisierten Frauen gerichtet werden. Es soll aber auch darum gehen, wie sich HelferInnen neue Möglichkeiten und Kraftquellen für ihre oft belastende Arbeit erschließen können

Es finden Vorträge mit

-Dr. Susanne Heynen zu „Mir passiert schon nichts!“? Vergewaltigung und sexuelle Aggression in der Adoleszenz - Eine Herausforderung für die Jugendhilfe;  
-Fr. Dr. Ursula Witz „Vom Guten des Schlechten - Wachstumschancen nach traumatischen Erfahrungen statt.

Veranstaltungsort: Volkshochschule Friedrichstr. 19-21, 91054 Erlangen

Anmeldung: Frauennotruf Erlangen T. 09131-20 97 20

Fax 09131-20 14 91

[www.fen-net.de/fine](http://www.fen-net.de/fine)

### Die 12. FEMINALE - feiert 20 jähriges Bestehen!

Vom 6. bis 10. Oktober 2004 in Köln werden neueste Kurz- und Langfilme aller Genres, von Regisseurinnen aus aller Welt präsentiert.

Das Festival verleiht den FEMINALE-Debüt-Preis, bietet Specials, zeigt filmhistorische Besonderheiten, und diskutiert aktuelle Themen.

Seit 1984 zeigt die FEMINALE Film- und Videoproduktionen aus aller Welt und bietet ein Forum für Regisseurinnen, Fachpublikum und FilmliebhaberInnen.

Das Programm:

Horizonte: Premierenfieber! Internationaler Wettbewerb für fiktionale Langfilme neuer Regietalente. Das beste Erstlingswerk wird mit dem FEMINALE-Debüt-

Preis ausgezeichnet, der mit 2.500 Euro dotiert ist.

Panorama:

Aktuelle Filme und Videos, die in Europa oder von in Europa lebenden Regisseurinnen fertiggestellt wurden. Spiel- wie Dokumentarfilme, Animations- und Experimentalfilme.

Quer Blick:

Internationales Lesben-Film-Programm. Außerdem ausgewählte Produktionen aus der Transgender-Szene.

Zeit Lupe: Glück. Was ist Glück? Was bedeutet Glück vor allem für Frauen und wie unterscheiden sich die Vorstellungen darüber in der Welt? Was tun Leute, um ihr Glück zu machen? Und gibt es einen Ort, wo nicht mehr an Glück glaubt wird? Ein internationales Filmprogramm mit ergänzender Wortveranstaltung.

Girls Focus: Von der Rezeption zur Praxis. Neues von Mädchen hinter der Kamera und Filme über das Jung-sein. Festival-TV.

Ausserdem: Gruppenporträt: Pionierinnen des ethnografischen Films

Filmhistorische Matinée

Specials: Groupies, Videocafé, Diskussionen, Festivalparty

[www.feminale.de](http://www.feminale.de)

### **Internationale Konferenz Schöner wirtschaften – Europa geschlechtergerecht gestalten!**

Freitag, 29. Oktober 2004, 14.30 – 21.30 Uhr und Samstag, 30. Oktober 2004, 9.30 – 18.00 Uhr in München.

Bislang ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Gestaltung und am Wohlstand Europas ein unerreichtes Ziel. Eine Strategie, die die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen und in allen Politikfeldern fördern soll, ist Gender Mainstreaming.

Mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags 1999 ist Gender Mainstreaming für alle EU-Mitgliedstaaten und die EU-Organen verpflichtend. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen: Ist Gender Mainstreaming ein geeignetes Instrument, um Ge-

schlechterdemokratie und ökonomische Chancengleichheit zu erreichen?

Während dieser Konferenz werden nationale und EU-Strategien in der Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik in ihrer Wirkung unter die Lupe genommen. Neben einer Debatte über die Anforderungen einer geschlechtergerechten Ökonomie werden auch alternative feministische Vorstellungen ökonomischen Handelns vorgestellt. Im europäischen Dialog zwischen Ost und West, Frauen und Männern werden unterschiedliche Herangehensweisen und Interessen transparent gemacht und gemeinsame Ziele und Strategien identifiziert.

Mit Bundesministerin Renate Schmidt (BMFSFJ, angefragt), Wim Kok (Vorsitzender der Expertengruppe zum Lissabon-Prozess, angefragt), Parlamentarischer Staatssekretär Rezzo Schlauch (BMWA, angefragt), Ewa Ruminska-Zimny (UNECE), Prof. Dr. Friederike Maier (Harriet Taylor Mill-Institut), Prof. Dr. Diane Elson (Essex University, angefragt), Dr. Eva Högl (BMWA), Dr. Claudia Neusüß (Politikberaterin), Kinga Lohmann (KARAT Coalition) u.a.

Ort: Akademie der IHK, Orleansstr. 10-12, 81669 München

*Veranstalterin: Frauenakademie München e.V.*

*Weiteres unter [www.Frauenakademie.de](http://www.Frauenakademie.de)*

**Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab `90:**

**Nr. 45/90** Frauen in der Architektur und Planung. **Nr. 46/90** Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. **Nr.47/90** Weg mit dem §218. **Nr.48/90** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, **Nr. 49/90** Frauenforschung und Feminismus. **Nr. 50/91** Feministische Mädchenpolitik . **Nr.51/91** Rassismus von Frauen. **Nr.52/91** Autonomie. **Nr.53/91** Prostitution als Beruf **Nr.54/91** Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. **Nr. 55/91** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **Nr. 56/92** Glück in Frauenprojekten? **Nr. 57/92** Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. **Nr. 58/92** Gewalt hat ein Geschlecht. **Nr. 59/92** Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, **Nr.60/92** Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, **Nr. 61/92** Entpolitisierung durch Identitätspolitik? **Nr.62/93** Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? **Nr. 63/93** Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, **Nr. 64/93** Gynäkologie unter feministischen Aspekten, **Nr. 65/93** Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, **Nr. 66/93** Frauenstreik, **Nr.67/94** Zur Kopftuchdiskussion, **Nr. 68/94** Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, **Nr. 69/94** Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, **Nr. 70/94** Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, **Nr. 71/95** Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? **Nr. 72/95** Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. **Nr. 73/95** Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, **Nr. 74/95** Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, **Nr. 75/95** Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. **Nr. 76/95** Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, **Nr. 77/96** "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. **Nr. 78/96**, 13 Jahre autonome Projektarbeit. **Nr. 79/96** Eigenständige berufliche Existenz. **Nr. 80/96** Die patriarcha-

le Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. **Nr. 81/96** Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. **Nr. 82/97** Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. **Nr. 83/84/97** Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, **Nr. 85/86/98** Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, **Nr. 87/98** Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. **Nr. 88/99** Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer pro-feministischen Männerbewegung, **Nr. 89/99** Gewalt gegen Frauen im Krieg, **Nr. 90/99** Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, **Nr. 91/00** Zur Therapie von Sexualstraftätern, **Nr. 92/00** Frauen und Militär, **Nr. 93/00** Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, **Nr. 94/01** Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention, **Nr. 95/01** Feministisches Handeln gegen Gewalt, **Nr. 96/02** Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, **Nr. 97/02** Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, **Nr. 98/02** Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, **Nr. 99/02** Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? **Nr. 100/02** Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, **Nr. 101/03** Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, **Nr. 102/03** Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? **Nr. 103/03** Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen **Nr. 104/03** Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten **Nr. 105/03** Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule **Nr. 106/03** Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra **Nr. 107/04** Transgender und Feminismus **Nr. 108/04** Zur Kopftuchdiskussion **Nr. 109/04** Krieg und Geschlechterverhältnisse

**Kofra**